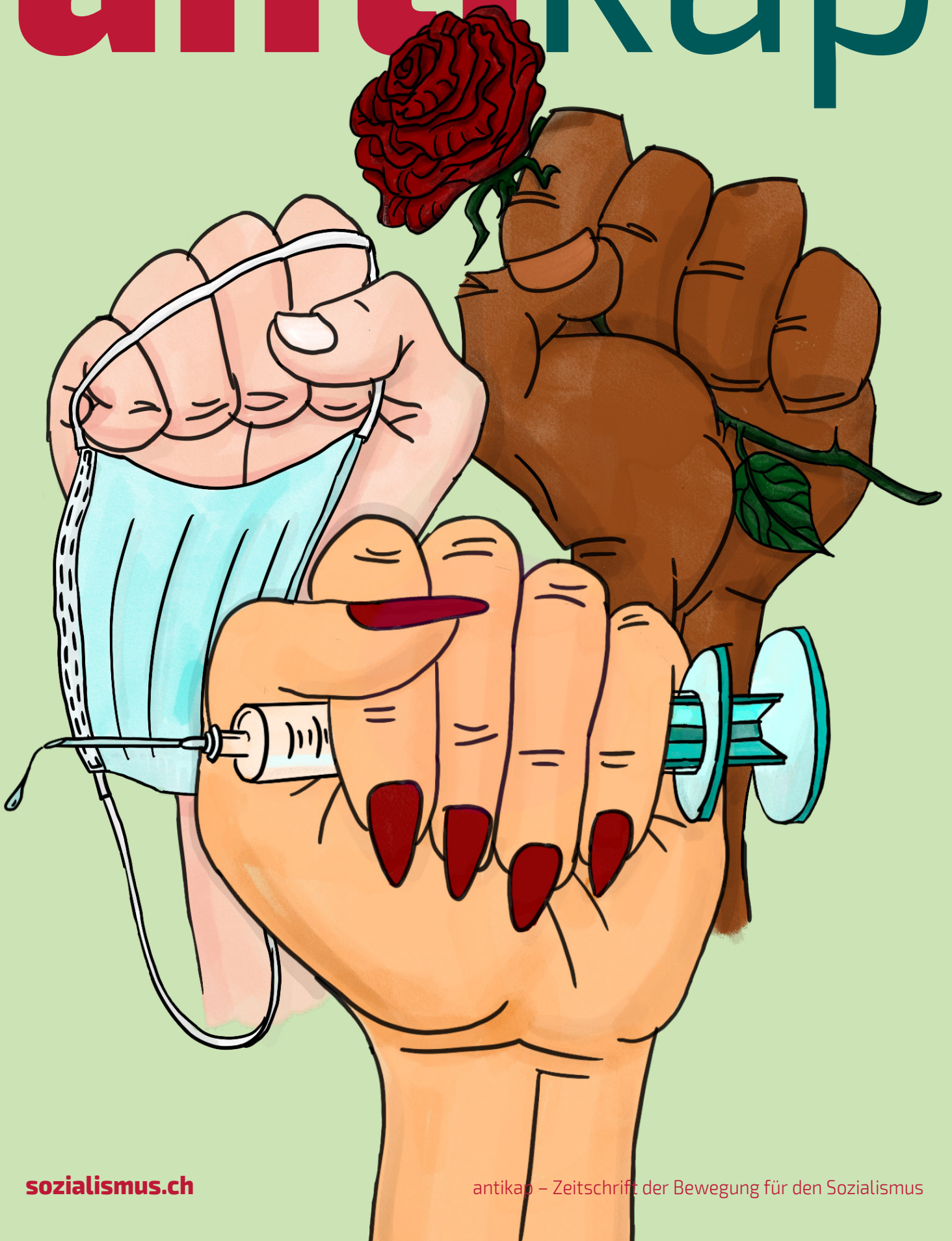


antikap Nr. 14 | Frühling 2021 | 3.- CHF

antikap



Solidarisch aus der Krise

Selten waren gesellschaftliche Krisen in der Schweiz von derart vielen Menschen im Alltag spürbar. Seit einem Jahr ist die «Normalität» in verschiedenen Lebensbereichen ausgesetzt. Sport- und Freizeitaktivitäten entfallen, das Zusammensein in grossen Gruppen ist untersagt, studiert wird nur noch vor dem Bildschirm, politische Treffen fallen aus oder werden ins Internet verlagert.

Natürlich: Vieles läuft weiter wie zuvor. Kinder müssen versorgt, Kranke gepflegt, Wäsche gewaschen, Hausaufgaben erledigt, Seminararbeiten geschrieben, Essen gekocht und Wohnungen geputzt werden. Und selbstverständlich müssen auch viele von uns weiterhin am Arbeitsplatz erscheinen. Es ist wahrscheinlich genau diese Kombination aus «normalen» Verpflichtungen bei der Lohn- und Hausarbeit und die fehlende «Normalität» in der Freizeit, die besonders für Verunsicherung, Stress, Überlastung und Ermüdung führt.

Nun schon seit Monaten sprechen die Regierenden und Kapitalist:innen von einer «Rückkehr zur Normalität» – und verhindern mit ihrer Politik wider besse-

ren Wissens genau das. Und sowieso: Die Normalität, zu der die Herrschenden zurückkehren möchten, ist eine, in der Pflegende weiterhin Tieflöhne erhalten, Frauen wie immer einen Grossteil der Hausarbeit leisten, Konzernchefs wie üblich Gewinne einstreichen und gleichzeitig Angestellte entlassen, fossile Energien oder die Auto- und Flugindustrie weiter subventioniert werden – kurz: eine Normalität, in der Mensch, Tier und Natur wie gewohnt ausgebeutet werden.

Im vergangenen Pandemiejahr weitgehend gefehlt hat eine solidarische Alternative zur Gesundheits-, Wirtschafts- und Klimakrise. Während die Grünen und die sozialdemokratischen Parteien Europas ihre staatstragende Rolle wahrnehmen, den Impfnationalismus mittragen, die Wirtschaftsinteressen stützen und die Bedürfnisse der Lohnabhängigen, Frauen, Mi-grant:innen oder Jugendlichen missachten, fehlen solidarische und egalitäre Alternativen und Perspektiven weitgehend.

Erst vor einigen Monaten wurde diese Lethargie der Linken zumindest teilweise durchbrochen. Die von Aktivist:innen in Deutschland, Österreich und der Schweiz gestartete ZeroCovid-Initiative schlug Massnahmen für eine solidarische Pandemiepolitik vor. Zum ersten Mal wurde eine umfassende Pandemiepolitik, die die arbeitenden und lohnabhängigen Menschen und nicht die Wettbewerbsfähigkeit der Grosskonzerne ins Zentrum stellt, in einer breiten Öffentlichkeit aufgenommen. In linken Kreisen wurde sie zum Teil kontrovers diskutiert. Das ist gut so, denn die Linke braucht eine solidarische Debatte über

Abonniere antikap!

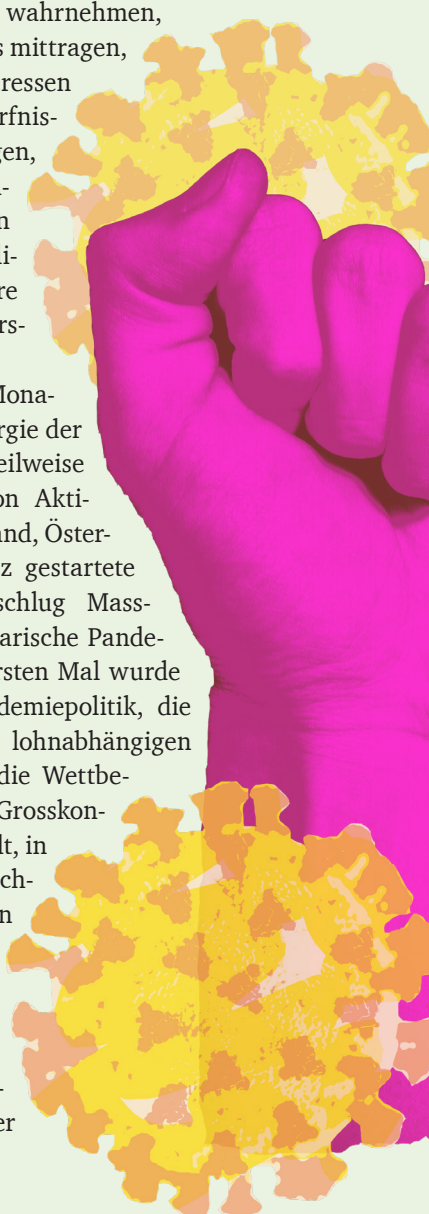
antikap ist die Deutschschweizer Zeitschrift der Bewegung für den Sozialismus und erscheint vorerst zweimal jährlich.

Sie versteht sich als Ergänzung zu unserer Webseite **sozialismus.ch**, auf der wir wöchentlich aktuelle Beiträge veröffentlichen. Obwohl antikap unentgeltlich hergestellt wird, fallen für Druck und Versand Kosten an. Ob wir den Erscheinungsrhythmus längerfristig erhöhen können, hängt auch von der Unterstützung unserer Leser:innen ab!

Für CHF 10.– kannst du die **antikap** ein Jahr lang (Frühlings- und Herbstausgabe) abonnieren. Verwende dazu einen beiliegenden Einzahlungsschein mit dem Vermerk «Abo». Über zusätzliche Spenden oder ein Soliabo sind wir dir sehr dankbar!

Adresse: BFS Basel, Zeitschrift antikap, 4057 Basel.

Konto: 15-238267-2, Vermerk «Abo».



Strategien und Forderungen, um ihre Isolierung und Bedeutungslosigkeit zu überwinden.

Die ZeroCovid-Initiative hat gezeigt: Die Linke muss wieder verstärkt versuchen, politische Perspektiven zu entwickeln, die bei den Bedürfnissen der Lohnabhängigen ansetzen und eine solidarische, demokratische und egalitäre Alternative skizzieren. Die Voraussetzung dafür ist, dass die unterschiedlichen Krisen – Wirtschaftskrise, Umweltkatastrophe und Pandemie – zusammen gedacht werden.

Denn radikale Politik bedeutet, die Dinge gesamthaft anzuschauen und die Probleme in ihren Zusammenhängen und tiefliegenden Ursachen zu bekämpfen. In unserem Dossier über Umwelt, Wirtschaft und Corona versuchen wir deshalb, einige dieser Zusammenhänge in den Blick zu nehmen. So braucht es etwa ein sofortiges Ende des Impfnationalismus, damit alle Menschen und nicht nur jene des Globalen Nordens geimpft werden können. Nur so kann ein Wiederaufkommen der Pandemie verhindert und das Risiko von gefährlichen Mutationen vermindert werden. Dies wiederum bedeutet, dass wir uns auf eine Konfrontation mit der mächtigen Pharmabranche einlassen müssen. Mit grossen Konzernen und ihrer rücksichtslosen Politik der Profitmaximierung haben wir es auch zu tun, wenn wir die

Massentierhaltung, die Abholzung und den Biodiversitätsschwund bekämpfen wollen.

Glücklicherweise engagieren sich viele Menschen trotz der aktuellen Umstände weiterhin in der Klimabewegung. In einem Beitrag zum Climate Action Plan möchten wir dessen Stärken hervorheben, aber auch zentrale Ergänzungen vorschlagen, die den fossilen Kapitalismus direkt angehen. Wie es papierlosen Menschen in Zeiten von Corona ergangen ist, schildert der Artikel von Mathilde Beige. Es zeigt sich: Eine solidarische Antwort auf diese Krise kann nicht anders sein als antikapitalistisch, ökosozialistisch und internationalistisch.

Wenn schon nicht mehr viel normal ist, lohnt es sich vielleicht, für eine andere Normalität zu kämpfen.

Inhalt

- 4 Unmenschliche Pandemiepolitik:** Falsche wirtschaftliche Versprechen dienen dem Schweizer Bürgertum bis heute als Rechtfertigung für die unmenschliche Pandemiepolitik.
- 6 Die Fleischindustrie als Pandemietreiber:** Globale Fleischkonzerne zerstören nicht nur unsere Umwelt, sondern tragen auch viel zur Entstehung von Pandemien bei.
- 11 Totgesagte leben länger:** Warum Sozialismus wieder zu einer Perspektive werden muss.
- 12 Der globale Impfnationalismus:** Reiche Länder haben sich durch Absprachen mit den Pharmakonzernen reichlich mit Impfstoffen eingedeckt. Die grosse Mehrheit der Länder hat dabei das Nachsehen.
- 14 Climate Action Plan:** Um welche Massnahmen müsste der CAP erweitert werden, um über die Forderung nach netto Null hinaus einen klimagerechten Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten?
- 21 Widerstandsformen:** Die Welt rast weiterhin unaufhaltsam auf die Klimakatastrophe zu. Ist die Zeit reif für Sabotage?
- 24 Illegalisiert in Zeiten von Corona:** Zehntausende Menschen in der Schweiz bestreiten ihren Alltag ohne geregelten Aufenthalt. Die Coronakrise, die für die Mehrheit in unserer Gesellschaft schon belastend ist, trifft sie besonders hart.
- 26 Mobilität der Zukunft:** Autonom fahrende Autos könnten die nächste technologische Revolution darstellen und einen wesentlichen Teil unserer Mobilität in die Kontrolle der grossen Tech-Konzerne überführen.
- 30 Staat und Polizei:** Diese Replik auf einen Artikel in der letzten Antikap soll aufzeigen, dass Polizist:innen trotz ihrer Lohnabhängigkeit ein Hindernis für gesellschaftliche Emanzipation sind.
- 34 Judas and the Black Messiah:** Ein Film über die Geschichte der Black Panthers, Rassismus und Polizeigewalt in den USA.

Unmenschliche Pandemiepolitik und leere Versprechen

Oberste Maxime der bürgerlichen Pandemiepolitik war von Beginn an, dass die relevanten und einflussreichen Branchen der Schweizer Wirtschaft nicht eingeschränkt werden. Damit war aber auch ein Versprechen verbunden. Zwar müsse die Bevölkerung eine gewisse Anzahl Opfer in Kauf nehmen. Im Gegenzug würde es aber wirtschaftlich bald wieder bergauf gehen, was ja im Interesse aller sei. Abgesehen davon, dass jedes Opfer von Covid-19 eines zu viel ist, wird das Bürgertum auch seine wirtschaftlichen Versprechen nicht halten können.

von Philipp Gebhardt (BFS Zürich)

Die Schweiz gilt als eines der stabilsten Länder der Welt. Seit dem Zweiten Weltkrieg blieb das Land von grösseren Katastrophen oder politischen Umbrüchen verschont. Dadurch überlebte die sinnstiftende Erzählung der Schweiz als Sonderfall den Kalten Krieg und beförderte ein nationales Gefühl der Unverletzlichkeit und Überlegenheit. Diese Überheblichkeit war mitverantwortlich dafür, dass die politischen Verantwortlichen die Gefahren der Pandemie sträflich ignorierten – in gewissem Sinne bis heute. Denn seit Ausbruch der Pandemie sind der Schweizer Bundesrat und die kantonalen Regierungen nicht gewillt, Massnahmen zu ergreifen, welche eine drastische Eindämmung der Pandemie ermöglichen. Obwohl der zweite Lockdown von Dezember bis März die Neuansteckungen nicht unter 1000-1500 pro Tag drücken konnte und offensichtlich drastischere Massnahmen nötig gewesen wären, soll es ab April 2021 schrittweise zu Lockerungen kommen. Die Schweiz steuert also sehenden Auges in die dritte Welle.

Oberstes Gebot: Der Schutz der Wettbewerbsfähigkeit

Die Behörden setzen mittlerweile ihre alleinige Hoffnung auf die Impfungen (obwohl sie bis jetzt nicht fähig waren, eine funktionierende Impfkampagne aufzugleisen). Ansonsten orientiert sich die Pandemiepolitik der Schweiz seit Beginn nur an zwei Zielen: Erstens sollen Massnahmen nur so weit ergriffen werden, dass das Gesundheitssystem nicht an den Anschlag kommt – was nicht nur zu Tausenden vermeid-

baren Toten geführt, sondern angesichts der enormen Überlastung des Pflegepersonals ohnehin nicht funktioniert hat. Zweitens sollen die Profite und die Wettbewerbsfähigkeit der relevanten Schweizer Unternehmen unter keinen Umständen eingeschränkt werden.

Die wichtigsten Wirtschaftssektoren des Landes (Banken und Versicherungen, Gross- und Kleinindustrie, Handel und Logistik) blieben von einschränkenden Massnahmen verschont (abgesehen von der buchhalterisch weniger entscheidenden Homeoffice-Pflicht). Die wirtschaftlichen Einschränkungen betrafen lediglich die politisch weniger einflussreichen Sektoren (Gastronomie, Kultur- und Sportbereich). Trotzdem erreichte der wirtschaftliche Einbruch im Jahr 2020 historische Höchstwerte.

Kommt nun der wirtschaftliche Aufschwung?

Die bürgerlichen Ökonom:innen und Konjunkturforscher:innen prognostizieren zurzeit ein weiteres Mal, dass sich die wirtschaftliche Lage in der Schweiz rasch bessern würde. Die scheinbare Genauigkeit, mit der Konjunkturforscher:innen das Wachstum des Bruttoinlandproduktes (BIP) für die kommenden Monate und Jahre berechnen, gaukeln der Öffentlichkeit professionelle Kompetenz und eine wissenschaftliche Fundierung der Resultate vor. Viel gravierender aber ist, dass diese Kristallkugelprognosen direkten Einfluss auf die Pandemiepolitik der Behörden und der politischen Akteur:innen – und damit auf die gesundheitliche Situation der Lohnabhängigen – haben.



lässt. Er sorgt dafür, dass sich die Arbeit aus Sicht der Kapitalist:innen lohnt, indem er «unproduktive» Arbeiter:innen entlässt und eine Reservearmee von Arbeiter:innen schafft, die die Löhne drückt. Und er führt neue Technologien ein, um die Arbeitsproduktivität zu steigern. Das Ziel ist es, die Profitabilität zu erhöhen, sodass die Unternehmen darauf mit Investitionen reagieren. Das ist jedoch nach der Grossen Rezession 2008/09 nicht geschehen. Die Profitabilität erholte sich nicht, weil die Liquidierung schwacher Firmen nicht zugelassen wurde. [...] Die lange Depression bei Investitionen, Produktivität und Profitabilität, die die grossen kapitalistischen Volkswirtschaften seit 2008 erlebt haben, würde sich [ohne einen massiven Anstieg der Investitionen] noch einmal verstärken. Ich erinnere daran, dass es über 20 Jahre dauerte, um die Depression von 1873-96 in den grossen Volkswirtschaften zu überwinden, und dass dazu mehrere schwere Einbrüche erforderlich waren. Die Grosse Depression der 1930er Jahre wurde erst 1940 durch die Kriegswirtschaften beendet, als staatliche Investitionen die kapitalistischen Investitionen für die Kriegsanstrengungen ersetzten.»¹

« Die Kristallkugelprognosen der Konjunkturforscher:innen haben direkten Einfluss auf die Pandemiapolitik der Behörden – und damit auf die gesundheitliche Situation der Lohnabhängigen.»

Die Lohnabhängigen werden die Verlierer:innen sein

All diese Unsicherheiten verunmöglichen es, eine rasche wirtschaftliche Erholung, von der nicht nur die Finanzmärkte profitieren, zu prognostizieren. Entweder zögert sich die krisenhafte Entwicklung des globalen Kapitalismus weiter hinaus, oder die schon lange fällige Krise tritt ein und es wird zur Vernichtung von überschüssigem Kapital kommen. In beiden Fällen haben die Lohnabhängigen das Nachsehen. Auch wenn die Schweiz aufgrund des relativen Reichtums, der hohen Wettbewerbsfähigkeit (= günstige Ausbeutungsbedingungen) und der starken Spezialisierung der wirtschaftlichen Produktion, Krisen besser abfedern kann als andere Länder, werden die globalen Entwicklungen nicht spurlos an ihr vorbeigehen. Das Schweizer Bürgertum wird sein Versprechen, mit dem es seit einem Jahr die unmenschliche Pandemiapolitik mit tausenden Todesopfern rechtfertigt, also nicht einlösen können.

¹ Eine übersetzte Fassung des Interviews erschien am 12. März 2021 auf sozialismus.ch.

Bereits im Frühjahr 2020 gingen die bürgerlichen Ökonomen:innen von einer V-förmigen Konjunkturentwicklung aus, also einer raschen Erholung nach dem tiefen Einbruch, sofern der Bundesrat endlich den Lockdown aufheben würde. Im Herbst, als die zweite Welle schon begonnen hatte, prophezeiten sie dies erneut – nun unter der Bedingung, dass der Bundesrat auf Einschränkungen verzichten würde. Und jetzt, im Frühjahr 2021, setzen die wirtschaftlichen Kaffeesatzleser:innen ihre ganze Hoffnung auf die Wirkungen der Impfungen, um zum selben Resultat zu kommen.

Die zwei grundlegenden Probleme an diesen «Prognosen» sind, dass erstens die Forschungsgrundlage der liberalen Wirtschaftswissenschaft auf Annahmen basiert (z.B. dem Konsumverhalten des geimpften Homo oeconomicus), die in Krisensituationen noch schematischer und vager erscheinen als bei stabileren wirtschaftlichen Verhältnissen. Zweitens lässt sich feststellen – ohne selbst Prophezeiungen zu machen –, dass die Faktoren, welche die Konjunktur in einem derart exportorientierten Land wie der Schweiz bestimmen, in hohem Masse unsicher sind: die Entwicklung der Pandemie und der Impfkampagnen; die konjunkturelle Entwicklung in Europa, die Auswirkungen des Brexit und das absehbare Scheitern des Rahmenabkommens mit der EU (der wichtigsten Handelspartnerin der Schweiz); die katastrophale gesundheitliche Lage in wichtigen Schweizer Absatzmärkten wie den USA, Brasilien und Indien; die Frage des Umgangs mit der globalen Schuldenlast; die Überhitzung des Immobiliensektors, die weltweiten Blasenbildungen an den Rohstoff- und Aktienmärkten und deren unabsehbare Folgen für das Finanzsystem; das weitere Überleben der zahlreichen hochverschuldeten «Zombie-Unternehmen»; mögliche imperialistische Konflikte und kriegsgerishte Auseinandersetzungen, etc. Der marxistische Ökonom Michael Roberts meinte in einem Interview mit dem US-amerikanischen Magazin Spectre im Februar 2021:

«Der Kapitalismus kommt aus seinen regelmässigen und wiederkehrenden Krisen heraus, indem er die Arbeit zahlen

GESUNDHEIT & ÖKOLOGIE

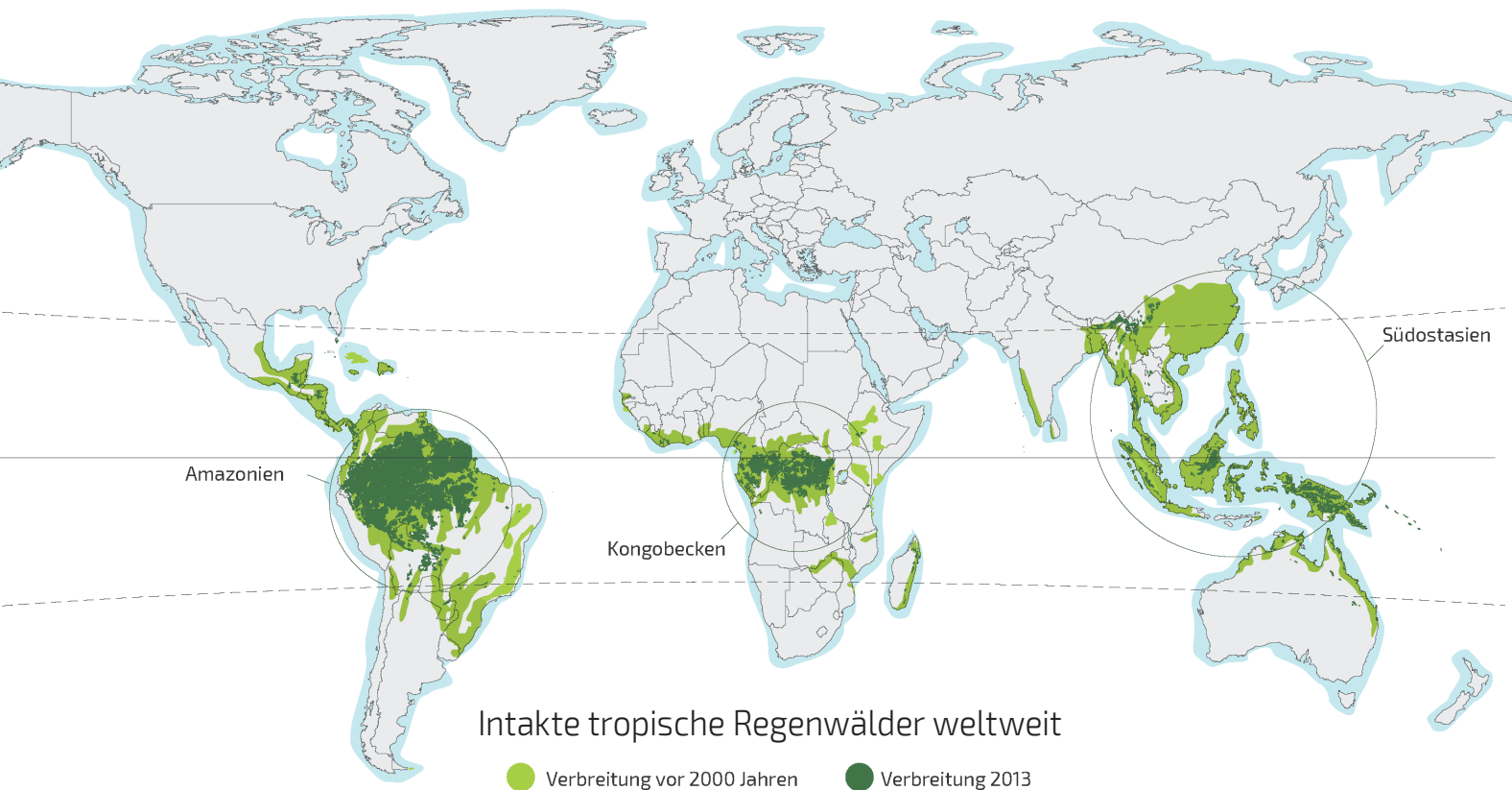
Fleischkonzerne

Klimakiller und Pandemietreiber

Unser globales Ernährungssystem ist in weiten Teilen kapitalistisch organisiert. Wenige multinationale Konzerne dominieren den Fleischsektor. Ein Blick auf deren Produktionsmethoden zeigt, dass diese nicht nur mit miserablen Arbeitsbedingungen, Umweltverschmutzung und Tierquälerei verbunden sind. Die Fleisch- und Futtermittelindustrie ist auch ein wichtiger Treiber bei der Entstehung von Pandemien.



**von David Ales (BFS Basel)
und Eva L. Blum (BFS Zürich)**



Eines der grossen Umweltprobleme unserer Zeit ist die weltweite Vernichtung unserer Waldflächen. Wälder sind (zusammen mit Moorebenen) die grössten landgebundenen Kohlenstoffspeicher. Sie binden nicht nur jährlich rund 7 Milliarden Tonnen CO₂, sie speichern auch grosse Mengen an Süsswasser, stabilisieren das Klima, verhindern Bodenerosion, Trockenheit und Wüstenbildung. Schliesslich bilden sie den Lebensraum für hunderte indigene Gemeinschaften sowie für Millionen von Tier- und Pflanzenarten.

Die seit Jahrzehnten fortdauernde Waldvernichtung ist für über 20 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. 2017 wurden weltweit rund 300'000 Quadratkilometer Wald abgeholzt oder gerodet – gut die Hälfte davon gehörte zu den Regenwäldern, die ökologisch besonders wertvoll sind.

Alleine der Amazonas-Regenwald, der zu 60 Prozent in Brasilien liegt, bindet rund 100 Milliarden Tonnen Kohlenstoff, die durch die Waldrodung- und Abholzung nach und nach in die Atmosphäre gelangen. Durch die stetige Verkleinerung des Waldes verlieren auch etwa 180 indigene Gemeinschaften und damit über 300'000 Menschen ihren Lebensraum. Ferner ist das Amazonasgebiet nicht nur für die dort lebenden Menschen von Bedeutung. Wissenschaftler:innen warnen davor, dass sich das Klima aller zentral- und südamerikanischen Länder drastisch verändern wird, wenn die ungebremste Waldvernichtung nicht gestoppt wird. Versteppung, extreme Temperaturen und Niederschlagsarmut werden die Folge sein.

Die Fleisch- und Milchindustrie als Hauptprofiteurin

Die Profiteur:innen der Regenwaldvernichtung sind zahlreich. Neben der Holzgewinnung wird Waldfläche auch zer-

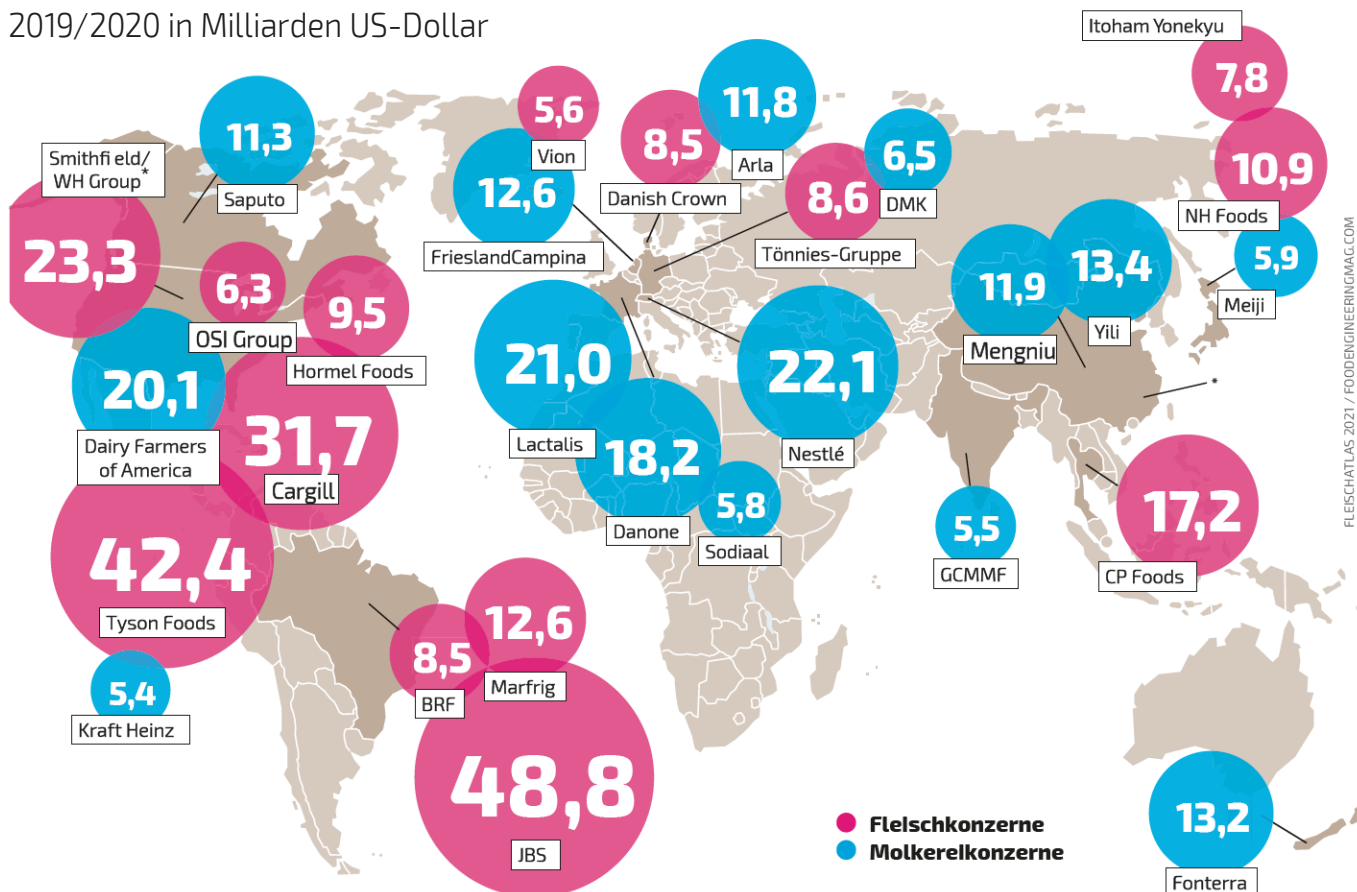
stört, um sich Zugang zu zahlreichen Rohstoffen wie Bauxit, Eisen, Kupfer oder Gold zu verschaffen. Die wohl grösste Profiteurin der Waldvernichtung ist aber die Fleisch- und Futtermittelindustrie. Denn das neu gewonnene Land wird vor allem in Lateinamerika entweder zu Weideland für die Rindfleischproduktion umgenutzt oder zum Anbau von Soja verwendet. Soja steht auf der Liste der weltweit am häufigsten angebauten Nutzpflanzen mittlerweile auf Platz 7 (direkt nach der Kartoffel) und ist vor allem aufgrund seines hohen Proteingehaltes von über 30 Prozent als Futtermittel sehr begehrt. 2019 wurden weltweit rund 150 Millionen Tonnen Sojabohnen exportiert, wobei Brasilien und die USA als Hauptproduzenten für fast 80 Prozent der Gesamtmenge aufkamen. Das in Brasilien und den USA angebaute Soja ist meist gentechnisch verändert und reift unter Verwendung hoher Mengen umweltschädlicher Pestizide heran. Zu den wichtigsten Abnehmern von Soja zählen China sowie zahlreiche europäische Länder. Das importierte Soja wird nicht direkt zur Herstellung von Nahrungsmitteln, sondern beinahe vollständig in Form von Sojaschrot für die Tierfutterindustrie verwendet und dient somit der Fleisch-, Milch- und Käseproduktion.

Die tierverarbeitende Industrie, inklusive ihrer vor- und nachgelagerten Bereiche (Futtermittelunternehmen, Zuchtbetriebe usw.), ist wie viele Industriezweige stark konzentriert. Die 10 umsatzstärksten Unternehmen, die alle aus den USA, China, Japan, Europa und Brasilien stammen, sind in allen wichtigen fleischerzeugenden Regionen tätig und dominieren den Markt über weite Strecken.

Der grösste Fleischproduzent der Welt ist der brasilianische JBS-Konzern. Die über 200'000 Angestellten töten und verarbeiten täglich 75'000 Rinder, 115'000 Schafe und rund 14

Umsätze der grössten Fleisch- und Molkereikonzerne

2019/2020 in Milliarden US-Dollar



* Smithfield/WH Group ist ein US-Konzern in chinesischem Besitz

Millionen Geflügel Tiere. Zu den bekanntesten Abnehmern von JBS gehören Fastfoodketten wie McDonald's und Burger King oder auch der Schweizer Nahrungsmittelriese Nestlé. Auf Platz zwei der Fleischproduzenten rangiert der US-Konzern Tyson Foods mit rund 140'000 Angestellten. Die globalen Player der Industrie sind dank ihrer Marktdominanz in der Lage, extrem niedrige Zulieferpreise durchzusetzen; Mensch und Tier werden in diesem System gleichermassen ausgebeutet. Sowohl die Arbeitsbedingungen und Löhne als auch die Haltungsbedingungen für die Tiere sind miserabel.

Die tierverarbeitende Industrie ermöglicht einer immer grösseren Anzahl Menschen einen immer höheren Fleischkonsum, wobei der Verzehr innerhalb der reichen Länder und Bevölkerungsteile überproportional hoch ist. Rund die Hälfte der Menschheit isst kein oder vergleichsweise wenig Fleisch. Der globale Konsum hat sich während der letzten dreissig Jahre verdoppelt und liegt derzeit bei rund 350 Millionen Tonnen jährlich – Tendenz steigend.

Sofern sich die politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse nicht radikal ändern, werden Fleischkonzerne auch künftig grosse Gewinne erzielen und die Zerstörung unserer Umwelt weiter vorantreiben. Dabei haben nicht nur die für die Tierfutterproduktion betriebene Waldvernichtung, sondern auch der hohe Energie- und Ressourcenverbrauch sowie die bei der Tierhaltung direkt verursachten Treibhausgasemissionen eine umweltschädigende Wirkung.

Überhaupt ist das Geschäft mit Futtermitteln, Fleisch- und Molkereierzeugnissen nur deswegen so profitabel, weil

die negativen Folgen (hoher Energieverbrauch, Klimaerwärmung, Wasser- und Bodenverschmutzung, Entstehung antibiotikaresistenter Keime) nicht den Verursachern angelastet werden, sondern externalisiert, also von der Allgemeinheit getragen werden.

Die Rolle des (Schweizer) Finanzkapitals

Was für Erdöl- und Rohstoffkonzerne weltweit gilt, trifft auch auf die Nahrungsmittelindustrie zu: Grosskonzerne operieren nicht ohne entscheidende Unterstützung des internationalen Finanzkapitals. Laut einem Bericht des Forschungsnetzwerkes Chain Reaction Research hat der brasilianische Rinder- und Sojasektor zwischen 2013 und 2020 Investitionen (Kredite, Darlehen, Risikoübernahmen) in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar erhalten. Der Grossteil dieses Geldes (74 Prozent) stammt von brasilianischen Finanzinstituten. Ausländische Finanzinstitute stellten 14,5 Mrd. US-Dollar für den Rindfleischsektor und 11,2 Mrd. US-Dollar für die Sojabranche bereit. Auch Schweizer Banken finanzieren die globale Fleischindustrie mit. Laut Chain Reaction Research hat die Crédit Suisse den JBS-Konzern in den letzten fünf Jahren mit Krediten von über 1,2 Milliarden Franken versorgt.

Unser Ernährungssystem und künftige Pandemien

Unser globales, nach kapitalistischen Prinzipien organisiertes Ernährungssystem ist nicht nur mit schlechten Arbeitsbedingungen, ungesunder Ernährung, Tierquälerei und

einer katastrophalen Umweltbilanz verbunden. Die ständige Intensivierung der Nahrungsmittelproduktion erhöht auch die Wahrscheinlichkeit weiterer Pandemieausbrüche. Durch die Zerstörung und Verkleinerung der Lebensräume für Wildtiere wird die Übertragung neuer Viren vom Tier auf den Menschen wahrscheinlicher. Schon heute werden jährlich dutzende Zoonosen – also das Überspringen von Krankheitserregern von Tieren auf Menschen – registriert. Durch den fortschreitenden Verlust an Artenvielfalt gehen auch wertvolle Puffer verloren, welche die Übertragung von Erregern bremsen können. Je geringer die Biodiversität, desto wahrscheinlicher bzw. schneller gelingt es Viren, von Art zu Art zu wechseln und schliesslich auch Menschen zu infizieren.

Schon heute sind rund 60 Prozent aller beim Menschen existierenden Infektionskrankheiten tierischen Ursprungs. Sie verursachen etwa 2 Millionen Todesfälle jedes Jahr. Die untenstehende Grafik zeigt, wie ein komplexes Zusammenspiel sozialer, politischer und ökonomischer Faktoren bei der Verbreitung von Zoonosen eine Rolle spielen.

Auch die intensive Massentierhaltung auf engem Raum begünstigt die Ausbreitung und Mutation von Viren in mehrfacher Hinsicht. Erstens geht die Massentierhaltung mit einem starken Verlust an genetischer Vielfalt der Zuchttierarten einher. Tiere von immer weniger Zuchtrassen werden in immer grösserer Anzahl zusammengepfercht. Die genetische Einheitlichkeit auf engstem Raum ermöglicht es Viren, sich mit rasender Geschwindigkeit auszubreiten. Zweitens verursachen die engen Haltungsbedingungen und die Züchtung auf maximale Leistung in kurzer Zeit enormen Stress für die Tiere und beeinträchtigen so deren immunologische Widerstandsfähigkeit.

Die Arbeiten kritischer Wissenschaftler:innen wie Rob Wal-

lace¹ oder Mike Davis² zeigen eindrücklich, dass Zoonosen und Pandemien keine «Laune der Natur» sind. Sie sind die logische Folge eines *ökonomischen* Systems, dem es allein um die Vermehrung von Kapital geht. Sie sind die logische Folge eines *politischen* Systems, das bestrebt ist, für Unternehmen günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. Der Schutz der Umwelt sowie die physische und psychische Gesundheit der Menschen sind – wie uns auch die gegenwärtige Pandemie vor Augen führt – wenn überhaupt zweitrangig.

Kritische Wissenschaftler:innen warnen seit langem

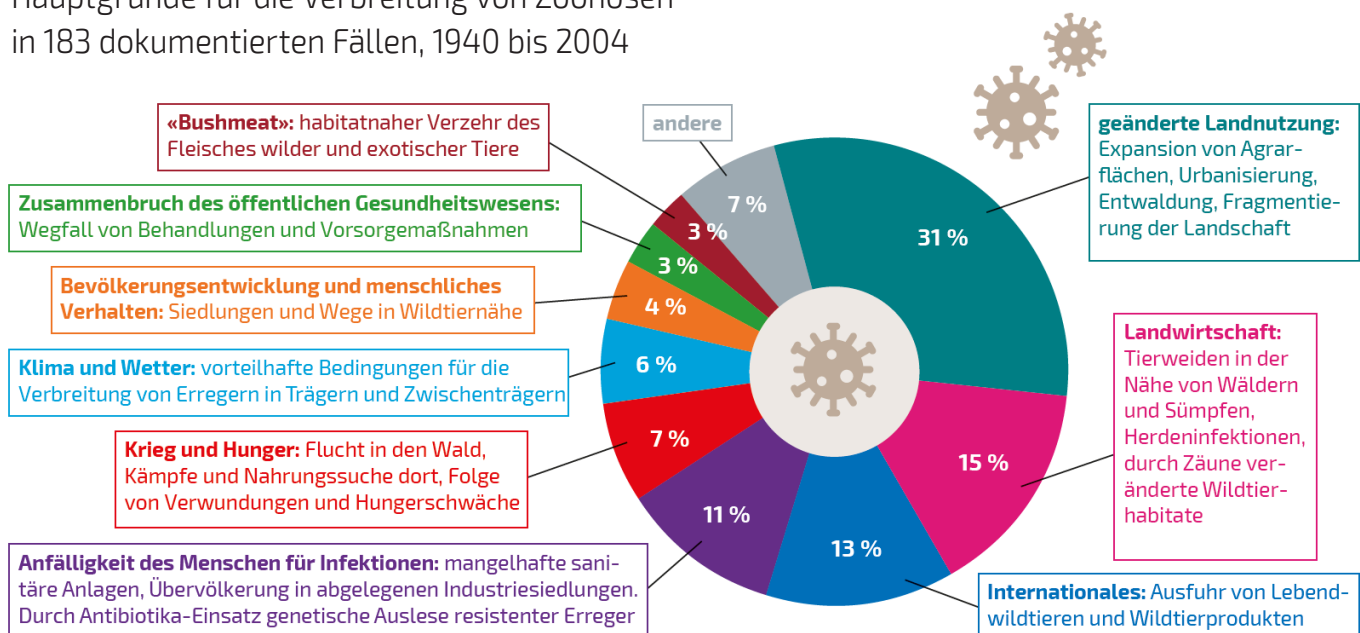
Schon 2005 wies der US-amerikanische Soziologe Mike Davis darauf hin, dass wir auf ein Zeitalter der Pandemien zusteuern. Davis hob insbesondere die Gefahr einer erneuten Vogelgrippepandemie hervor. Durch den massiven Ausbau der industriellen Geflügelzucht und die Organisationsweise ihrer vor- und nachgelagerten Bereiche steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Influenza-A-Viren von Wildtieren (Vögel, Fledermäusen etc.) auf Nutztiere überspringen, mutieren und früher oder später auf den Menschen übergehen. Laut Davis sind aktuelle Vogelgrippeviren nur wenige Mutationsschritte davon entfernt, womöglich die nächste Pandemie auszulösen. Seine Analyse unseres aktuellen Ernährungssystems zeigt auch auf, wie weit traditionelle Formen der Landwirtschaft mittlerweile durch einen modernen, stark arbeitsteiligen agrar-industriellen Komplex ersetzt oder integriert wurden, in dem private Unterneh-

1 Vgl. Rob Wallace: «Was COVID-19 mit der ökologischen Krise, dem Raubbau an der Natur und dem Agrobusiness zu tun hat». PapyRossa Verlag 2020.

2 Vgl. Mike Davis: «Vogelgrippe. Zur gesellschaftlichen Produktion von Epidemien». Assoziation A Verlag 2005.

Mehr Äcker und Weiden, mehr Infektion

Hauptgründe für die Verbreitung von Zoonosen in 183 dokumentierten Fällen, 1940 bis 2004





men über immer mehr Entscheidungsgewalt verfügen. Auch der US-Amerikaner Rob Wallace, der lange als Epidemiologe arbeitete, hat schon vor Jahren auf die wachsenden Gefahren und die treibenden Kräfte dahinter hingewiesen:

«**Die marktorientierte Landwirtschaft und Konzerne dringen in die letzten Urwälder vor. Mehr als 60 Prozent der neuen humanen Erreger stammen von Wildtieren. Komplexe Ökosysteme wie Regenwälder halten solche Viren in Schach und begrenzen ihre Ausbreitung. Wird Biodiversität vernichtet, springen Erreger auf Menschen und Nutztiere vor Ort über. Von dort gelangen sie in das globale Reise-Netzwerk und in kurzer Zeit von einer Höhle in China nach Miami Beach. Es sind globale Kapital- und Warenströme, die die Entwaldung, die industrielle Landwirtschaft und Fleischproduktion vorantreiben – und damit die Entstehung neuer Krankheiten. Die schlimmsten Krankheitsherde sind in diesem Zusammenhang Hongkong, London und New York.»³**

Fleischfabriken als Superspreader

Die Nahrungsmittelindustrie spielt nicht nur bei der Entstehung von Pandemien, sondern auch bei deren Ausbreitung eine unrühmliche Rolle. Im Frühling 2020 machten zahlreiche Fleischproduzenten Schlagzeilen, weil es immer wieder zu heftigen Covid-19-Infektionswellen in den Schlachthöfen und Fleischfabriken kam. Mangelnde Hygienemassnahmen, enge Arbeitsverhältnisse, lange Arbeitstage sowie teilweise skandalöse Wohnverhältnisse für ausländische Gastarbeiter:innen bildeten (und bilden) ein ideales Milieu für die Verbreitung von Covid-19. Der brasilianische JBS-Konzern stand unter an-

derem in den USA in der Kritik. Er wurde von Gewerkschaften und Familienangehörigen beschuldigt, seine Mitarbeitenden unzureichend zu schützen und diese trotz bekannter Risiken zur Arbeit zu «ermutigen». Erst nachdem mehrere Angestellte starben, begann der Konzern, Massnahmen einzuleiten. Die globale Nummer 2 der Fleischindustrie – Tyson Foods – machte in jüngster Zeit vor allem deswegen von sich reden, weil sieben Top-Manager einer Schweinefabrik Wetten darüber abgeschlossen hatten, wie viele ihrer Mitarbeiter:innen an Corona erkranken würden. Auch mehrere Arbeiter:innen von Tyson Foods mussten für ihr Unternehmen mit dem Leben bezahlen.

Pandemien sind keine Laune der Natur

Viren sind Teil unserer Umwelt. Wie häufig und in welchem Ausmass wir aber von Pandemien heimgesucht werden und wie wir als Gesellschaft auf sie reagieren, hängt von den sozialen, politischen und ökonomischen Umständen ab. Die Erderhitzung, die Zerstörung tierischer Lebensräume, der dadurch verursachte weitere Rückgang der Agrar- und Biodiversität, die stetige Intensivierung und Ausweitung der industriellen Landwirtschaft – all diese Prozesse erhöhen die Wahrscheinlichkeit für künftige Pandemien und sind die direkte Folge der durch die kapitalistische Produktionsweise verursachten Umweltzerstörung. Somit ist der Kampf gegen die Klimakrise und gegen das vermehrte Auftreten künftiger Pandemien ein und derselbe. Die Konzerne der Fleisch- und Milchindustrie zeigen exemplarisch auf, wie wichtig es ist, solche Unternehmen gesellschaftlich anzueignen und radikal umzugestalten. Es gibt bereits kleinbäuerliche und agrarökologische Strukturen, in denen Landwirtschaft betrieben wird, ohne dass Mensch und Natur ausgebeutet werden. Deren Ausweitung in einem grösseren Massstab wird aber nur möglich sein, wenn es uns gelingt, mit der kapitalistischen Profitlogik zu brechen und einen anderen Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur zu entwickeln.

3 <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/wir-koennen-einpacken>

Warum **Sozialismus** toll ist und wie er wieder zu einer handlungsleitenden **Perspektive** werden kann

von der Bewegung für den Sozialismus

Seit Beginn der Pandemie warnt der Chefredakteur der Neuen Zürcher Zeitung, Eric Gujer, unablässig vor der Gefahr des aufkommenden Sozialismus. Bisher ist davon leider wenig zu spüren, im Gegenteil. Pandemie und Krise verschärfen die sozialen Ungleichheiten massiv. Während zehntausende Lohnabhängige in der Schweiz arbeitslos geworden und in die Armut abgerutscht sind, nahm das Vermögen des Bürgertums im Jahr 2020 um mehrere Milliarden zu. Insgesamt besitzen die 300 Reichsten in der Schweiz über 700 Milliarden Franken. Wie kommen die zu so unvorstellbar viel Geld?

Der gesamte Reichtum in kapitalistischen Gesellschaften beruht auf der Ausbeutung der Natur und der Arbeitskräfte. Letztere müssen wiederum täglich reproduziert, also ernährt, umsorgt und aufs Neue gestärkt werden; eine Arbeit, die hauptsächlich Frauen tragen, weil sie ihnen durch das gesellschaftliche Geschlechterverhältnis zugewiesen wird. Die Kritik an diesen Verhältnissen sind die theoretischen Prämissen eines feministischen Ökosozialismus. In diesem Sinne erscheint der Kapitalismus als gigantische Enteignungs- und Zerstörungsmaschine, die eben doch «Ursache aller Übel» ist – auch wenn das Eric Gujer nicht wahrhaben möchte.

Die Hypothek der Sozialdemokratie und des Stalinismus

Viele erfahren am eigenen Leib, dass das Funktionieren des Kapitalismus unvernünftig und die Folgen himelsschreiend ungerecht sind. Warum aber entscheiden sich nicht mehr Menschen dazu, für eine alternative, sozialistische Gesellschaft einzustehen? Weil die historische Hypothek noch nicht abbezahlt ist: Sowohl der sozialdemokratische Reformismus (und seine neoliberale Deformation) als auch die stalinistischen Sozialismen sind dafür verantwortlich, dass Sozialismus für die meisten Lohnabhängigen heute ein rotes Tuch ist.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts galt der Sozialismus für weite Teile der Arbeiter:innenschaft als erstrebenswerte Zukunftsvision. Die Hoffnung auf ein Leben in Würde wurde mit der politischen Vorstellung einer egalitären Gesellschaft verbunden. Diese positive Assoziation gilt es neu zu beleben und konkret erfahrbar zu machen.

Tatsächlich ist eine Rehabilitation von sozialistischen Ideen insbesondere bei jungen Aktivist:innen feststellbar.



Einerseits verdeutlichen die sozialen und ökologischen Verheerungen der letzten Jahrzehnte die Irrationalität des Kapitalismus. Andererseits sind seit dem Zusammenbruch des Ostblocks 30 Jahre vergangen und die Erinnerungen an die stalinistischen Regime verblasen. Damit der Sozialismus aber sein volles emanzipatorisches Potenzial entfalten kann, muss die sozialdemokratische Pflasterlipolitik ebenso auf dem Müllhaufen der Geschichte landen wie Alleinvertretungsansprüche von Möchtegern-Avantgarden und autoritäre stalinistische Konzepte. Erinnern heisst nicht nur kämpfen, sondern auch lernen.

Sozialismus als gemeinsame Handlungsperspektive

Die Kehrseite der täglich durch den Kapitalismus hervorgerufenen Ungerechtigkeiten ist der vielfältige soziale Widerstand der Unterdrückten. Die sozialen Massenbewegungen haben in den letzten Jahren global und sogar in der Schweiz die Konturen einer anderen Gesellschaft sichtbar gemacht. In diesen selbstorganisierten Bewegungen erleben wir Aktivist:innen eine kollektive Solidarität, die über die Widersprüche des Kapitalismus hinausweist. Diese Erfahrung stärkt uns, reicht aber bis jetzt nicht aus, um die Zersplitterung der Linken zu überwinden. Dafür brauchen wir eine gemeinsame Perspektive. Der Sozialismus kann und soll wieder zum verbindenden Element zwischen unterschiedlichen sozialen Bewegungen und politischen Organisationen werden, wenn gleichzeitig Differenz anerkannt und autoritäre Tendenzen verhindert werden.

Die Vielfalt der Bewegungen ist der Nährboden und die Selbstorganisation der Schlüssel, damit der Sozialismus wieder zu einer handlungsleitenden Perspektive für die Linke werden kann. Denn die Befreiung der Arbeiter:innenklasse muss das Werk der Arbeiter:innen, (BI-)POC und FLINTQA* selbst sein.

Der globale Impfnationalismus

Pandemien sind per Definition Epidemien, welche sich auf mehreren Erdteilen ausbreiten. Dementsprechend können sie auch nur global nachhaltig und solidarisch bekämpft werden. Die derzeitige «Impfpolitik» gegen die Covid-19-Pandemie geht genau den gegenteiligen Weg: Reiche Länder decken sich durch Absprachen mit den Pharmakonzernen reichlich mit Impfstoffen ein. Die Mehrheit der Länder aber hat bis auf weiteres keinen oder ungenügenden Zugang zu lebensrettenden Impfstoffen.

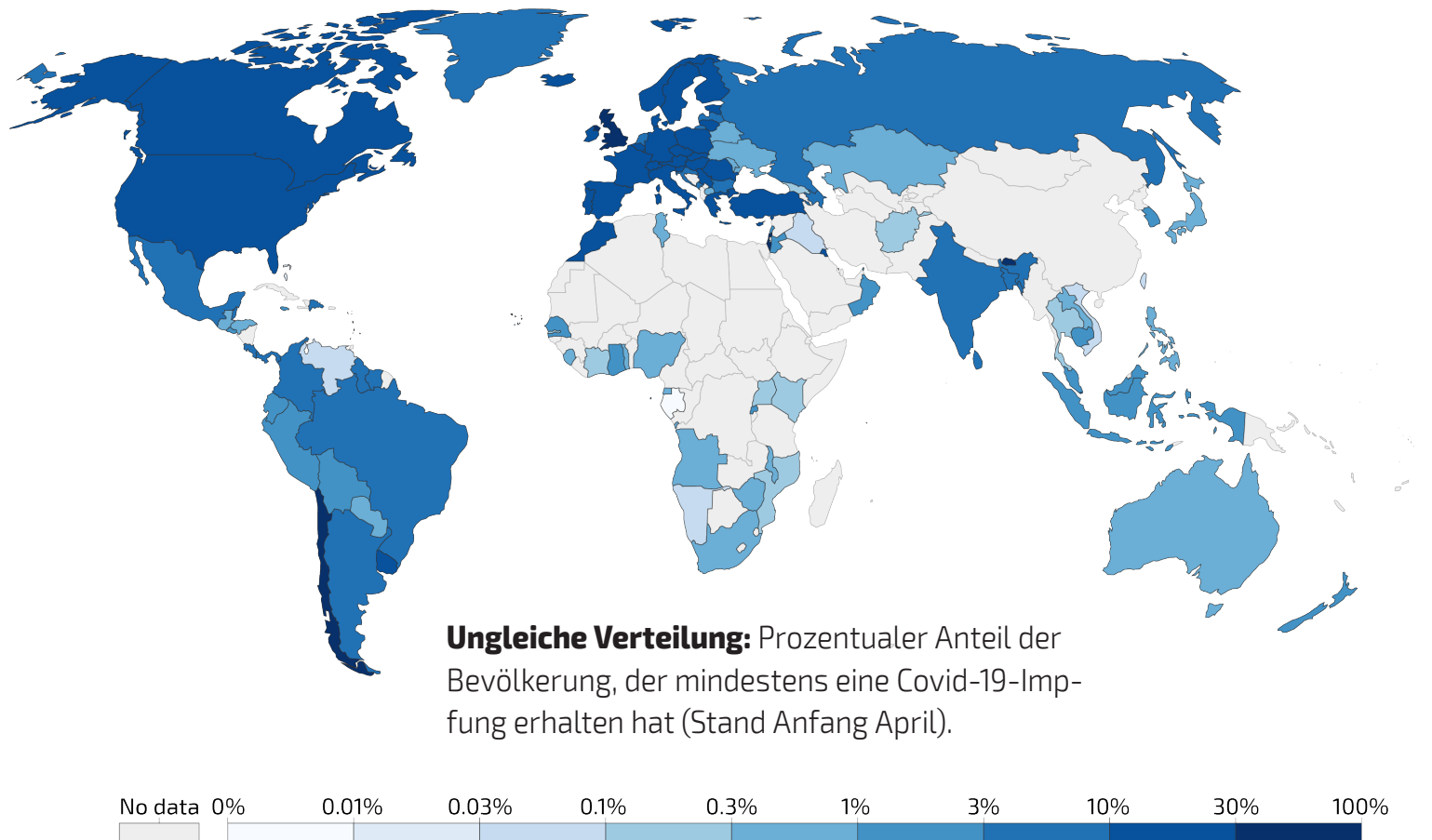
von David Ales (BFS Basel)

Der Umgang unserer Gesellschaften mit den Impfungen gegen die Covid-19-Pandemie ist exemplarisch für die Funktionsweise des globalen Kapitalismus. Einerseits ist die Geschwindigkeit, mit der die Wissenschaft diverse Impfstoffe entwickelt hat und das Virus immer besser versteht, beeindruckend. Die medizinisch-technischen Möglichkeiten sind heute grösser denn je. Andererseits ist die Art und Weise, wie die Impfstoffe verteilt (oder eben nicht verteilt) werden, schlichtweg ein Verbrechen: Anstatt die verschiedenen Impfstoffe bedarfsgerecht, solidarisch und vor allem weltweit zu verteilen, haben sich wohlhabende Länder die Mehrheit der globalen (und künftigen) Impfstoffherzeugnisse gesichert. Dies geschah teilweise an den offiziellen Institutionen vorbei und durch geheime Absprachen mit den Impfstoffherstellern. Versuche, eine globale Koordination mittels internationaler Organisationen zu gewährleisten, wurden zwar gestartet, gleichzeitig aber nationalstaatlich unterlaufen. Pharmakonzerne haben sich durch Verträge mit zahlungsfähigen Staaten bereichert und grosse Gewinne eingestrichen, die Impfstoffpreise sind angestiegen. Sowohl der US-Konzern Moderna, der seinen Impfstoff teilweise durch Lonza in der Schweiz herstellen lässt, als auch der US-Pharmariese Pfizer dürfen sich dieses Jahr über Gewinne in Milliardenhöhe freuen. Während einige wohlhabende Länder massive Reserven an Impfstoffen aufgebaut und einen Grossteil

oder alle Risikopatient:innen schon geimpft haben, liegt die Impfquote in vielen armen Ländern bei unter einem Prozent (Stand April 2021).

Private Aneignung kollektiver Forschung

Dass so eine ungleiche Verteilung lebensrettender Arzneimittel überhaupt möglich ist, verdanken wir der Vormachtstellung multinationaler Pharmakonzerne und einem globalen System zum Schutze des «geistigen Eigentums»: den Patenten. Diese garantieren den Impfstoffherstellern ein jahrelang gültiges Monopol auf die Herstellung und Vermarktung der von ihnen patentierten Impfstoffe. Damit verbunden ist die Vorstellung, dass die Entwicklung medizinischer Produkte einzig auf den Anstrengungen der jeweiligen Konzerne beruht. In Wahrheit aber basieren «Forschung und Innovation» privater Akteure zu einem grossen Teil auf der «Vorarbeit» und der Kooperation mit öffentlich finanzierten Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Gerade die derzeit wichtigen mRNA-Impfstoffe sind das Ergebnis jahrzehntelanger Forschungsbemühungen verschiedener Universitäten weltweit. Kommt hinzu, dass die Entwicklung der neuen Covid-19-Impfstoffe durch öffentliche Gelder mitfinanziert wurde. Pfizer/Biontech investierte rund 2 Milliarden aus eigenen Mitteln, erhielt aber 2,7 Milliarden von Deutschland und den USA. Auch der Impfstoffhersteller Moderna erhielt rund 4 Milliar-



den US-Dollar von den US-Gesundheitsbehörden. Dank dem Prinzip des «geistigen Eigentums» und fleissiger Lobbyarbeit gelingt es Big Pharma dennoch, sich die kollektiven Arbeitsergebnisse privat anzueignen.

Impfnationalismus

Auch wenn die Erforschung und Herstellung von Impfstoffen ein komplexes Unterfangen ist, so wären mittlerweile mehrere Schwellenländer in der Lage, die bestehenden Covid-19-Impfstoffe selbst herzustellen und so ihrer Bevölkerung schneller zur Verfügung zu stellen. Jedoch hindern sie die Patente daran, mit der Produktion der lebensrettenden Impfstoffe zu beginnen. Länder wie Indien und Südafrika, aber auch Hunderte NGOs und Wissenschaftler:innen weltweit verlangen deswegen immer wieder, den Patentschutz für lebensnotwendige Medikamente ganz oder vorübergehend auszusetzen. Genau dagegen wehren sich die reichen Länder und ihre Pharmakonzerne aber vehement – leider bisher erfolgreich. Der Schweizer Pharma-Lobbyist Thomas Cueni, Generaldirektor des Internationalen Pharmaverbands in Genf, verkündete in einem NDR-Interview schamlos, dass Firmen künftig nicht mehr bereit sein könnten, solch «ausserordentliche Leistungen» zu vollbringen, wenn der Patentschutz aufgehoben werde. Ein jämmerlicher Versuch, die Aneignung kollektiver Forschung und die Privatisierung der Gewinne durch die Pharmaindustrie zu rechtfertigen.

Unser gegenwärtiges System führt dazu, dass überlebensnotwendige medizinische Güter und Dienstleistungen nur denjenigen Menschen zur Verfügung stehen, die entweder in zahlungsfähigen Ländern leben oder es sich persönlich leisten können, sehr viel Geld für medizinische Leistungen zu bezahlen. Mitte März wies Ngozi Okonjo-Iweala, die derzeitige Vorsitzende der Weltgesundheitsorganisation, darauf hin, dass rund 60 Länder über einen Corona-Impfstoff verfügen, während mehr als 130 Staaten ohne eine einzige Impfdosis dastehen. Sie rief die Impfstoffhersteller zwar dazu auf, eine Lizenzfertigung ihrer Vakzine durch andere Unternehmen zu ermöglichen, stellte aber die Marktmacht der Pharmakonzerne nicht wirklich in Frage.

Ändern dürfte sich an der aktuellen Situation bis auf weiteres ohnehin wenig. Eine solidarische Verteilung lebensrettender medizinischer Güter ist den Verwaltungsräten und Aktionär:innen multinationaler Pharmakonzerne eben nicht zuzumuten. Dass Menschen vor allem in armen Ländern deswegen täglich sterben – sei es an Covid-19 oder anderen, teilweise gut behandelbaren Krankheiten – gehört genauso zum aktuellen System wie die horrenden Gewinne der Pharmaindustrie. Ändern wird sich dies erst, wenn es gelingt, den Pharma- und Gesundheitssektor durch kollektiven Widerstand gesellschaftlich anzueignen und Gesundheit als öffentliches Gut zu verankern.

Der Climate Action Plan

Ein guter Start – jetzt müssen wir weiter gehen!



Im November 2020 veröffentlichte der Klimastreik Schweiz einen Klimaaktionsplan, der auch Climate Action Plan (CAP) genannt wird. Dieser schlüsselt differenziert dringend notwendige Massnahmen auf, um das Ziel netto Null bis 2030 zu erreichen. Die Forderung der Klimabewegung nach netto Null wurde von Teilen der Wirtschaft und Politik durch Massnahmen wie Auslandskompensationen oder Ausgleichszertifikaten für Emissionen aufgenommen, ohne dabei etwas am eigentlichen Problem, dem wachstumsbasierten kapitalistischen Wirtschaftsmodell, zu ändern. Deshalb müssen wir uns die Frage stellen, um welche Massnahmen der CAP erweitert werden müsste, um über die Forderung nach netto Null hinaus einen klimagerechten Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten.

von Lisi Kalera (BFS Basel)

«Kompensationsprojekte führen selten dazu, dass Emissionen eingespart werden, aber häufig dazu, dass Menschen im Globalen Süden weiter bevormundet werden.»

Der Massnahmenkatalog des Climate Action Plan enthält eine Reihe von interessanten Vorschlägen, die «realisierbare und gesellschaftlich gerechte» Massnahmen enthalten, mit denen das Ziel von netto Null bis 2030 verfolgt wird. Dabei fokussieren viele Massnahmen auf die Reduktion der Treibhausgasemissionen. Dies ist ein zentraler Schritt, um die zunehmende Erderwärmung zu drosseln, reicht jedoch nicht aus, um einen klimagerechten Umbau der Gesellschaft und Wirtschaft zu erreichen, was ebenfalls ein Ziel des Klimastreiks ist. Nachfolgend möchten wir gern anhand einiger Teilbereiche des Massnahmenkatalogs aufzeigen, wie diese ergänzt werden könnten, um dem Ziel eines sozial und ökologisch verträglichen Umbaus der Gesellschaft im Sinne der Klimagerechtigkeit auf lokaler und internationaler Ebene näherzukommen. Mit dieser konstruktiven Kritik möchten wir einen Beitrag zur Weiterentwicklung des CAP leisten.

Grenzen des netto Null Zieles

Für die Klimaneutralität sind verschiedene Begriffe wie Treibhausgasneutralität oder netto Null Emissionen im Umlauf. Netto Null bedeutet, dass CO₂-Emissionen durch Reduktion an anderer Stelle eingespart werden können. Die «Einsparung an anderer Stelle» ebnet Ausgleichsverrechnungen den Weg. Das führt dazu, dass Unternehmen und staatliche Institutionen, die klimaneutral werden wollen, nicht selbst vor Ort Emissionen senken müssen, sondern sich durch eine vermeintliche Reduktion in anderen Ländern – meist im Globalen Süden – «neutralisieren». So setzen schon jetzt Unternehmen wie Daimler oder Audi zur Erreichung der Klimaneutralität grösstenteils auf eine Verrechnung der CO₂-Emissionen mit Ausgleichszertifikaten oder Ökostrom. In der Bilanz führt dies zu «netto Null»-Emissionen, während vor Ort immer noch genauso viel CO₂ ausgestossen wird.

Kompensationszahlungen als Teil des Greenwashing

Um möglichst kostengünstig und ohne viel Aufwand für wirtschaftliche Betriebe Emissionen zu reduzieren, versuchen Staaten ihr Emissionsbudget mittels Kompensationen in anderen Ländern aufzubessern. Die Schweiz hat Ende 2020 mit Peru das weltweit erste Kompensationsabkommen unterzeichnet; Verhandlungen mit Bolivien laufen bereits. Die CO₂-Einsparung durch sogenannte Kompensationsprojekte in anderen Ländern ist jedoch deutlich

geringer als berechnet und suggeriert wird. Das Instrument der Kompensation basiert darauf, dass sich westliche Länder um den Ausgleich von Emissionen im Globalen Süden bemühen und nicht um eine Reduzierung im eigenen Land. Die Kritik an den Kompensationsmechanismen ist vielfältig: Aufforstungsprojekte können geopolitische Konflikte um Landnutzungsrechte verursachen und traditionelle Landrechte indigener Völker in Gefahr bringen. Eine Studie des Öko-Instituts in Deutschland zeigte, dass viele Projekte auch ohne Kompensationsinvestitionen umgesetzt worden wären. Die Kompensationsmassnahmen erfüllen also selten das Kriterium der Zusätzlichkeit.¹ Manche Projekte wurden bereits vor Jahren umgesetzt und im Nachhinein angerechnet, oder Emissionen wurden im Vorfeld künstlich nach oben getrieben. Kompensationsprojekte führen also selten dazu, dass Emissionen eingespart werden, aber häufig dazu, dass Menschen im Globalen Süden von Industrieländern weiter bevormundet werden.

Von Klimaneutralität zu Klimagerechtigkeit

Das Ziel der Klimaneutralität richtet den Fokus auf die Quantifizierung von Treibhausgasen. Alles wird gemessen und bewertet – und nur die Massnahmen mit direkt messbaren CO₂-Einsparungen werden umgesetzt. Der alleinige Fokus auf den Gehalt des CO₂-Ausstosses in der Atmosphäre blendet andere Umweltauswirkungen aus wie den Verlust der biologischen Vielfalt, die Erosion und die Belastung fruchtbarer Böden. Klimaneutrale Massnahmen bauen darauf, dass Treibhausgase Priorität haben vor Biodiversität, sauberer Luft und Wasser, Lärmschutz und Gesundheit. Andere Indikatoren wie Geschlechtergerechtigkeit und Ressourcenschonung werden zu «co-benefits» heruntergestuft.

Die Ziele der Klimaneutralität suggerieren, dass wir unsere imperiale Lebensweise und unser Konsumniveau aufrechterhalten können – sofern wir es klimaneutral hinbekämen. Die Klimagerechtigkeitsbewegung muss reflektieren, welche Ziele sie erreichen möchte. Wenn die Begriffe «klimaneutral» und «netto Null-Emissionen» von der Politik und der Wirtschaft so eingesetzt werden, dass die Ziele aufgeweicht und harte Reduktionsmassnahmen umgangen werden können, müssen diese Begriffe explizit vermieden oder Kriterien aufgestellt wer-

¹ <https://www.oeko.de/publikationen/p-details/how-additional-is-the-clean-development-mechanism>, 27.03.2021

den, die einen Missbrauch verhindern. Ein gutes Beispiel dafür ist der Antrag der örtlichen Fridays-for-Future-Gruppe an den Konstanzer Gemeinderat, der den Abschluss von Kompensationsprojekten im Globalen Süden und enge territoriale Systemgrenzen vorsieht.²

Emissionsreduktion ist wichtig – reicht aber nicht aus!

Im Kapitel 4 des CAP unter dem Titel «Industrie- und Dienstleistungssektor» werden zahlreiche Massnahmen vorgestellt, die darauf abzielen, die entstehenden Emissionen bei der Produktion von Gütern zu senken. Allerdings reicht es nicht aus, die Emissionen pro produzierte Ware und Produktionsschritt zu senken, wenn weiterhin Waren produziert werden, um mehr Geld und Gewinn zu erzeugen, anstatt die Produktion den Bedürfnissen der Menschen anzupassen. Mit anderen Worten: Mit dem Fokus auf

2 <https://fridaysforfuture-konstanz.de/re-solution-konstanz2030/>, 27.03.2021



Exkurs zu Kapitalismus und Produktivismus

Die kapitalistische Marktwirtschaft basiert auf der Konkurrenz derer, die die Produktionsmittel besitzen. Diese Konkurrenz resultiert in der Notwendigkeit, immer mehr Profit zu generieren – also Kapital anzuhäufen –, damit ein Teil davon wieder in die Optimierung des Produktionsprozesses und der Produktivität investiert werden und so dem Unternehmen gegenüber der Konkurrenz einen Wettbewerbsvorteil verschaffen kann. Dieser Druck, immer mehr Kapital zu akkumulieren führt, neben der Ausbeutung der Arbeiter:innen, auch unweigerlich zum Zwang, kontinuierlich mehr Produkte und Dienstleistungen zu produzieren und zu verkaufen. Der Kapitalismus muss also immer mehr produzieren, um zu überleben. Dabei spielen die Bedürfnisse der Menschen kaum eine Rolle: Wenn die Bedürfnisse befriedigt sind, müssen künstlich neue geschaffen werden, um die Maschinerie am Laufen zu halten. Die Konsequenz dieser Dynamik ist, dass die zur Waren- und Dienstleistungsproduktion benötigten Rohstoffe und Energiequellen immer intensiver ausgebeutet werden müssen, was – wie inzwischen offensichtlich ist – zu einem Ausmass von Naturzerstörung führt, das nicht nur die Existenzbedingungen des Kapitalismus, sondern auch jene der Menschen und des Planeten selbst erodiert.

CO₂-Reduktion wird ein entscheidendes Merkmal des Kapitalismus ausser Acht gelassen: der Produktivismus.³

Um tatsächlich das Ziel von 1,5 - 2 Grad Erderwärmung anzustreben reicht es nicht aus, Emissionen im kapitalistischen Wirtschaftsmodell zu reduzieren. Wir müssen mit dem nach Wachstum und Gewinnmaximierung ausgerichteten Kapitalismus brechen und alternative, bedürfnisorientierte und basisdemokratisch organisierte Wirtschaftsmodelle erproben. Erste Ansätze in diese Richtung werden im CAP-Kapitel 9 «Wirtschaftliche und politische Strukturen» skizziert. Die genannten Massnahmen für eine basisdemokratische Organisation von Wirtschaft (Unternehmen) und Politik, für den Ausbau der Care-Arbeit, für die radikale Reduzierung der Arbeitszeit auf 24 Stunden pro Woche, für die Umverteilung von Reichtum über die Besteuerung von Vermögenden und für die Abschaffung der Pauschalsteuer sowie die Neudefinierung der Eigentumsverhältnisse stellen progressive und kapitalismuskritische Forderungen dar. Auch wird im Kapitel 9 des CAP

« Um tatsächlich das Ziel von 1,5 - 2 Grad Erderwärmung anzustreben, reicht es nicht aus, Emissionen im kapitalistischen Wirtschaftsmodell zu reduzieren.»

das grüne Wachstum in Frage gestellt und stattdessen eine Postwachstumswirtschaft skizziert. Nun müssten diese in Kapitel 9 beschriebenen Massnahmen nicht punktuell in einem Kapitel Eingang finden, sondern in allen Bereichen des Climate Action Plans als massgebende Prinzipien eingeführt und die Massnahmen danach ausgerichtet werden.

Die Messlatte für Massnahmen darf nicht bei der CO₂-Reduzierung, also netto Null bis 2030, liegen, sondern muss im gesamten CAP nach Prinzipien der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit ausgerichtet sein. Nur so kann tatsächlich eine klimagerechte Transformation eingeleitet werden.

Negative Emissions-Technologien – ein weiterer grüner Anstrich des Kapitalismus?

In Debatten um angemessene Reaktionen auf die Klimaerhitzung und zur Erreichung der Klimaneutralität wird oft das Argument vorgebracht, dass verschiedene technische Lösungen existierten oder in Entwicklung seien, die es uns ermöglichen würden, die weltweiten CO₂-Emissionen zu stoppen und bereits emittiertes CO₂ wieder zu absorbieren. Auch im CAP ist die Rede von den verheissungsvollen und «sicheren» negativen Emissionstechnologien (NET).

3 <https://sozialismus.ch/oekologie/2019/oekologie-was-ist-oekosozialismus-was-der-soziale-kampf-mit-dem-kampf-gegen-den-klimawandel-zu-tun-hat/>, 27.03.2021

« Negative Emissionstechnologien wecken die Illusion einer schmerzfreien Lösung der Klimakrise in der Zukunft und verlocken damit zu Passivität in der Gegenwart.»



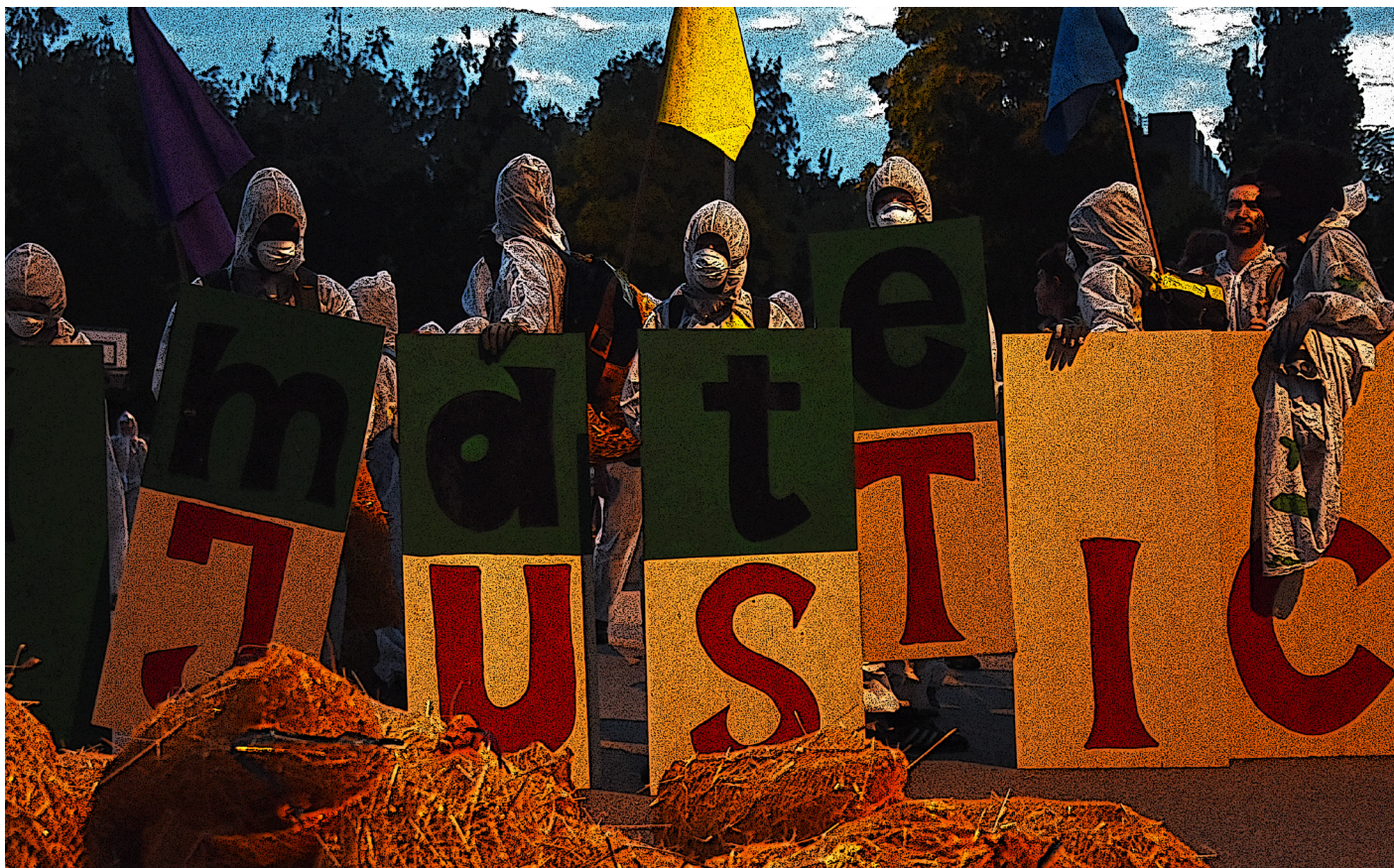
Das Kapitel 7 handelt ausschliesslich davon. Kritiker:innen monieren jedoch, dass viele dieser «Lösungen» nicht ausreichend entwickelt sind und ihre tatsächliche Wirkung somit ungewiss bleibt. Ferner bringen sie eine Vielzahl neuer Probleme mit sich, was im Folgenden an dem Beispiel «Bioenergy with Carbon Capture and Storage» (BECCS, deutsch: Bioenergie mit CO₂-Abscheidung und Speicherung) erläutert wird.

BECCS bezeichnet ein Verfahren, in dem Biomasse (also Bäume, Sträucher usw.) angebaut und anschliessend durch Verbrennung als Energiequelle genutzt wird. Das CO₂, welches die Biomasse während ihres Wachstums absorbiert hat, wird im Verbrennungsprozess abgefangen und im Erdboden gespeichert, wodurch sich die CO₂-Bilanz der Atmosphäre verringern soll. Um eine tatsächliche Wirkung auf das weltweite Klima zu haben, müssten laut wissenschaftlichen Schätzungen allerdings Flächen der Grösse von Südkorea bis hin zur doppelten Grösse Indiens für BECCS verwendet werden. Das würde zum einen massiven Verlust an Land, welches zur Nahrungsmittelproduktion verwendet werden könnte, bedeuten, zum zweiten einen stark gesteigerten Wasserverbrauch und drittens einen grossen Biodiversitätsverlust mit sich bringen. Der Beweis, dass BECCS tatsächlich funktioniert, steht zudem aus.⁴

Eine andere, vor allem von Staaten und der Zementindustrie propagierte Ausgleichsverrechnung ist die CO₂-Abscheidung. Diese Technik, auch Carbon Capture and Storage (CCS) genannt, scheidet das CO₂ aus Produktionsanlagen ab und speichert es im Boden. Neben dem erhöhten Energieaufwand für die Abscheidung, den Transport und die Speicherung entstehen jedoch zudem Risiken für das Grundwasser und den Boden, vor allem durch Entweichung von CO₂.

NET sind nach wie vor mit erheblichen Unsicherheiten und Risiken sowohl für Mensch als auch die Umwelt verbunden. Eventuell können sie irgendwann tatsächlich unterstützend zur Reduktion der CO₂ zum Einsatz kommen, weshalb eine Weiterentwicklung dieser ratsam ist. Jedoch dürfen nicht bereits jetzt Rechnungen zur CO₂-Reduktion mit NET beschönigt werden. Denn das birgt ein gefährliches Risiko: Negative Emissionstechnologien wecken die Illusion einer schmerzfreien Lösung der Klimakrise in der Zukunft und verlocken damit zu Passivität in der Gegenwart. Sie dienen CO₂-intensiven Industriesektoren als Ausrede, ungehindert weiterhin aktiv zu sein: In Zukunft würde das ausgestossene CO₂ irgendwie neutralisiert werden können. Anstatt das Problem an der Wurzel anzupacken, versuchen Wirtschaft und Politik mithilfe technischer Lösungen dem Kapitalismus einen grünen Anstrich zu verpassen, um alles beim Alten zu belassen.

⁴ https://www.fern.org/fileadmin/uploads/fern/Documents/Fern%20BECCS%20briefing_0.pdf, 27.03.2021



Für eine Demokratisierung des Finanzplatzes

Die Massnahmen zu Divestment (Ausstieg aus den Investitionen) von emissionsintensiven Teilen der Wirtschaft und Investment in klimafreundliche Sektoren, wie sie im CAP-Kapitel 8 zum Finanzsektor beschrieben werden, sind notwendig. Absolut unterstützenswert ist das Verbot von Finanzflüssen in fossile Energien (Massnahme 8.1), jedoch sollte dies um das Verbot auf sämtliche klimaschädliche und/oder menschenrechtsverletzende Tätigkeiten ausgeweitet werden. Auch die Massnahmen, welche auf mehr Transparenz der Finanzflüsse und vor allem der Klimarelevanz setzen, sind grundsätzlich zu befürworten. Sie werden jedoch nur zu einer klimagerechten Zukunft beitragen, wenn sie mit einer Änderung der Machtverhältnisse, also mit einer Demokratisierung des Finanzplatzes, einhergehen. Anstatt auf das Engagement der CEOs und Aktionär:innen führender Finanzplatzinstitutionen zu setzen, plädieren wir dafür, dass die von den Investitionen betroffenen Personen basisdemokratisch über Finanzierungsprojekte bestimmen können.

Die Transparenz über das Investitionsverhalten der Finanzplatzakteure ist ein wichtiger Punkt. Jedoch wird im Kapitel 8 des CAP argumentiert, dass mittels der Transparenz die Kund:innen bewusste Entscheidungen in Bezug auf Finanzprodukte treffen könnten. Über das Konsumverhalten lassen sich die Probleme jedoch nicht

lösen, weil wir erstens oft zwischen Pech und Schwefel wählen müssen, zweitens begrenzte finanzielle Mittel haben und drittens die Produktionsbedingungen, Prozesse und Arbeitsbedingungen nicht kontrollieren können. Wir sind also nicht wirklich frei in unserem Konsum. Allein wenn wir uns vergegenwärtigen, dass die Vermögen und damit das Investitionskapital derart ungleich verteilt sind, wird schnell deutlich, dass breite Teile der Bevölkerung nicht mit ihren (individuellen) Entscheidungen das Investitionsverhalten des Schweizer Finanzplatzes beeinflussen können. Laut dem Bericht über soziale Ungleichheit von Oxfam (Ungleichheitsbericht 2020) besitzen die reichsten 2'000 Menschen der Welt (allesamt Milliardär:innen) genauso viel Vermögen, wie 60% der Prozent der Weltbevölkerung.⁵ Auch in der Schweiz sind die Vermögen sehr ungleich verteilt: Das reichste Prozent besitzt mehr als 40 Prozent des Gesamtvermögens.^{6&7} Diese Zahlen verdeutlichen die gegenwärtigen Machtverhältnisse. Wenige besitzen viel Geld und damit Macht – sie sind es, die von den gegebenen, herrschenden Verhältnissen profitieren und damit kein Interesse an einer

5 <https://www.oxfam.de/unsere-arbeit/themen/soziale-ungleichheit>, 27.03.2021

6 <https://www.srf.ch/sendungen/dok/wer-hat-dem-wird-gegeben-auch-in-der-krise>, 27.03.2021

7 <https://www.verteilungsbericht.ch/vermoegen/>, 27.03.2021

sozialen Alternative haben. Im Gegenteil boykottieren sie aktiv Veränderungen, die ihre Macht-, Vermögens- und Besitzverhältnisse gefährden. Genau diese Machtverhältnisse müssen wir jedoch in Frage stellen, wollen wir die Massnahmen im CAP umsetzen. Mit einem Appell an den (individuellen) Konsum werden diese Machtverhältnisse jedoch nicht in Frage gestellt, sondern viel schlimmer noch verschleiert und damit unsichtbar gemacht.

Die vorgeschlagenen Massnahmen sind zu begrüßen, können aber keinen klimagerechten Finanzplatz schaffen, wenn sie allein als Aufruf zu Transparenz und Eigenverantwortlichkeit begriffen werden. Stattdessen braucht es eine Demokratisierung des Finanzplatzes, eine Ausweitung der Definition von klimaschädlich (nicht nur fossile Energien, sondern auch z.B. Palmölplantagen für Biosprit) und Forderungen nach Verantwortungsübernahme für verursachte Schäden. Dies kann durch die Vergesellschaftung der grossen Finanzkonzerne wie Credit Suisse und UBS erreicht werden, die aufgrund ihrer Investitionsstrategien für massive CO₂-Emissionen verantwortlich sind.

Ist Klimagerechtigkeit innerhalb des Kapitalismus möglich?

Im Kapitel 10 «Internationale Zusammenarbeit und Klimafinanzierung» werden diverse notwendige Massnahmen aufgelistet. Zu nennen sind etwa Kompensationszahlungen an Menschen des Globalen Südens in der Höhe von 1 Milliarde Franken entsprechend des Pariser Klimaschutzabkommens sowie die Forderung, dass die aufgrund des Konsums angefallenen CO₂-Emissionen nicht weiter den Produktionsländern angelastet werden, sondern in den Schweizer Fussabdruck eingerechnet werden. Weiter ist die Forderung wichtig, dass Menschenrechten und Klimaschutz Vorrang vor internationalen Verträgen einzuräumen sind.

Das Ziel von netto Null CO₂-Emissionen in der Schweiz bringt wenig, wenn diese Firmen in anderen Teilen der Welt weiterhin für enorme Emissionen verantwortlich sind. Wie der CAP fordern wir deshalb einen Produktionsstopp von Gütern, welche in anderen Ländern massive Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen anrichten. Eine weitere zentrale Forderung, die in einem CAP nicht fehlen darf, ist die solidarische Aufnahme von Menschen, die durch den Klimawandel zur Flucht getrieben werden (welche hauptsächlich «Industriestaaten zu verantworten haben»).

Im Sinne einer umfangreichen Klimagerechtigkeitsperspektive reichen die im CAP-Kapitel 10 beschriebenen Massnahmen jedoch bei weitem nicht aus, um die Ausbeutung von Frauen, People of Colour und indigenen Menschen, die Brandrodung im Amazonas sowie Milliarden Tonnen von Plastikmüll in den Ozeanen zu stoppen – all das ändern wir nur, wenn wir die gesellschaftlichen Machtverhältnisse in Frage stellen, wenn

wir die neokolonialen Handelsbeziehungen abschaffen und wenn wir ein solidarisches Wirtschaftssystem aufbauen, in dem die Bedürfnisse der Menschen und der Umwelt im Mittelpunkt stehen.

Klimagerechtigkeit heisst auch Aufwertung von Care-Arbeit

Im Kapitel 10 «Klima-Anpassung» wird zwar die Rolle der Pflegearbeit im Kontext eines starken Gesundheitssystems hervorgehoben. Jedoch sollen neben der Pflege auch weitere wichtige Aspekte der Sorgearbeit gestärkt werden, wie die Betreuung von Kindern und betagten Menschen, die Fürsorgetätigkeiten sowie Hausarbeiten, die alle wesentlich zum Funktionieren der Gesellschaft beitragen, jedoch sehr ungleich zwischen den Geschlechtern, Klassen und Ethnien verteilt sind.

Im Kapitel 4 zum Industrie- und Dienstleistungssektor bleibt die Rolle der Sorgearbeit sogar gänzlich unerwähnt und damit unsichtbar, obwohl die Sorge- und Betreuungsarbeit entscheidend für die Wirtschaftsleistung ist. Die Organisation Oxfam (Ungleichheitsbericht 2020) berechnet, dass im Jahr 2019 täglich etwa 12,5 Milliarden Stunden unbezahlte Versorgungsarbeit (Essen zubereiten, Betreuen von Kindern, Kranken, betagten Personen, Haushalt) insbesondere von Frauen und Mädchen geleistet wurden, was – in fiktivem Geld bemessen – 10,8 Billionen US-Dollar bzw. etwa ein Achtel der globalen Wirtschaftsleistung ausmachen würde.⁸ Der monetäre Wert der unbezahlten Arbeit der Frauen in der Schweiz beträgt pro Jahr CHF 248 Milliarden – mehr als alle Ausgaben, die Bund, Kantone und Gemeinden tätigen.⁹ Rund 1 Milliarde Stunden arbeiten Frauen in der Schweiz jährlich unbezahlt allein für die Betreuung der Kinder – fast doppelt so viele Stunden wie alle Männer im Baugewerbe.¹⁰ Die Sorge- und Betreuungsarbeit sind Tätigkeiten, die keine nennenswerten CO₂-Emissionen emittieren, für das Wohlbefinden und eine funktionierende Gesellschaft jedoch zentral sind. Sie werden allerdings in patriarchal organisierten Gesellschaften strukturell abgewertet, un(ter)bezahlt und ins Private abgeschoben und damit unsichtbar gemacht.

Ein sozial gerechtes Klimaprogramm muss daher die Forderung nach einem Ausbau des Service Public enthalten, damit diese Arbeiten kollektiv organisiert und gerecht zwischen allen Teilen der Gesellschaft aufgeteilt werden. Dies beinhaltet auch einen kostenlosen Zugang zu zentralen Infrastrukturen der Sorgearbeit: Gesundheit, Kinderversorgung, Bildung sowie Pflege von hilfsbedürftigen Menschen.

⁸ <https://www.oxfam.de/unsere-arbeit/themen/soziale-ungleichheit>, 27.03.2021

⁹ https://feministische-fakultaet.org/wp-content/uploads/2020/09/Makroskandal_248.pdf, 27.03.2021

¹⁰ https://feministische-fakultaet.org/wp-content/uploads/2020/09/Makroskandal_1.pdf, 27.03.2021



Perspektiven der politischen Intervention

Der Climate Action Plan des Klimastreiks stellt einen sehr wichtigen Massnahmenplan dar, der in seiner Ausprägung sehr viel ambitionierter ist als viele bisherige klimapolitische Initiativen. Mit der oben beschriebenen Kritik möchten wir dazu beitragen, dass sich der CAP verstärkt in Richtung einer sozial gerechten und ökologischen Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt. Indessen muss festgestellt werden, dass zwischen der Dringlichkeit einer derartigen Alternative und den politischen Kräfteverhältnissen eine grosse Kluft liegt. Diese Kluft ist auch das Resultat einer zunehmenden Rechtsentwicklung, von grösser werdenden imperialistischen Spannungen, von Sozialabbau, Prekarisierung der Lohnabhängigen und einer Krise der radikalen Linken.

In der Schweiz ist diese Kluft besonders gross. Die Vorschläge der institutionellen Linken (Sozialdemokratie und Grüne) sowie einer Vielzahl von NGOs sind vollkommen ungenügend; vonseiten der Gewerkschaften ist in Sachen Umweltschutz nur wenig zu hören. Doch selbstverständlich gäbe es auch in der Schweiz viel zu tun. Bei der weltweiten Umweltzerstörung spielen Schweizer Unternehmen eine bedeutende Rolle. Die CO₂-Bilanz des Schweizer Finanzsektors beträgt ungefähr 1 Milliarde Tonnen CO₂-Äquivalente, das entspricht dem 22-fachen des inländischen Treibhausgasausstosses.¹¹ Hinzu kommen Agrarkonzerne, Rohstoff- und Zementunternehmen

sowie Reedereien, die aus der Ausbeutung von Mensch und Umwelt besonders grossen Profit schlagen.

Um erfolgreich zu sein, muss die Klimastreikbewegung Anknüpfungspunkte mit anderen Kämpfen suchen und soziale und ökologische Themen miteinander verbinden. Bewegungen, die einen raschen und gerechten Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger sowie der Atomkraft fordern, müssen unterstützt werden. Dabei stechen die Klimagerechtigkeitsbewegung, Divestment-Kampagnen, aber auch Blockade-Aktionen wie «Ende Gelände» in Deutschland und das Collective Climate Justice in Basel heraus.

Ein klimagerechtes Projekt muss entschieden internationalistisch sein, sich mit den weltweiten Kämpfen gegen die Umweltzerstörung solidarisieren, die Ausbeutung von Mensch und Umwelt durch Schweizer Konzerne bekämpfen und für eine internationale Klima- und Umweltschutzpolitik eintreten, welche die Interessen der besonders betroffenen Menschen in den Mittelpunkt stellt. Hier bestehen wichtige Anknüpfungspunkte zu antirassistischen Bewegungen und zu Kämpfen gegen die gegenwärtige Migrationspolitik sowie zu feministischen Bewegungen weltweit.

Eine ökologische Transition erfordert die Stärkung des Service Public und die Demokratisierung des öffentlichen Lebens sowie der Produktionsmittel. Kämpfe gegen Sozialabbau und für ein starkes öffentliches Bildungs- und Gesundheitswesen sind auch aus ökologischer Sicht von grosser Bedeutung.

11 <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/wirtschaft-konsum/mitteilungen.msg-id-59285.html>, 27.03.2021

Ist die Zeit reif für Sabotage?



In seinem neuesten Werk «Wie man eine Pipeline in die Luft jagt» schlägt der Autor und Aktivist Andreas Malm vor, das Repertoire der politischen Mittel im Kampf für Klimagerechtigkeit um die Sabotage kritischer Fossilinfrastrukturen zu erweitern. Ein Debattenanstoss.

von Rhea Lang (BFS Basel)

In der Nacht von Donald Trumps Wahl zum US-Präsidenten begingen Jessica Reznicek und Ruby Montoya zum ersten Mal Sabotage. «Wir begannen unsere friedliche Kampagne direkter Aktion auf einer Dakota-Access Baustelle und setzten mindestens fünf Baumaschinen in Brand»¹. Zahlreiche weitere Anschläge auf die Dakota-Access Pipeline sollten folgen. Während Monaten reisten Ruby und Jessica landauf und landab, um die Öl-Pipeline zu durchlöchern, Ventilstellen

zu zerstören und Baumaterial zu verbrennen. Ihr Ziel: Das zu erreichen, was zahlreiche Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Protest-Camps und Aktionen des zivilen Ungehorsams nicht geschafft hatten. Die Fertigstellung jener Ölpipeline zu verhindern, welche das Reservat des Standing Rock Sioux Stamms durchschneidet und die Trinkwasserreserven tausender Menschen bedroht².

Der Aktivist und Autor Andreas Malm preist die beiden Frauen in seinem neuesten Buch³ als «Lehrmeisterinnen».

1 <https://unicornriot.ninja/2017/sabotage-arson-attacks-stop-dapl-claimed-two-women/>. Alle Übersetzungen dieser Quelle durch die Autorin.

2 https://en.wikipedia.org/wiki/Dakota_Access_Pipeline_protests

3 Malm, Andreas (2020). «Wie man eine Pipe-

Angesichts der rasant fortschreitenden Klimaerhitzung, der ungebrochenen Dominanz fossiler Energiequellen und des Unwillens staatlicher Regierungen weltweit, griffige Massnahmen für eine ökosoziale Transformation zu ergreifen, sieht er die Zeit gekommen für eine weitere Eskalationsstufe in den Kämpfen der Klimagerechtigkeitsbewegung. Er ruft dazu auf, dass wir jetzt «die Dinge, die unseren Planeten ruinieren» physisch angreifen und sie «mit unseren Körpern, [...] unseren eigenen Händen» zerstören. Viel zu lange schon hätten wir gezögert, die drohende Klimakatastrophe mache solche radikalen Schritte nun notwendig.

Ein heisses Eisen in der Klimagerechtigkeitsbewegung

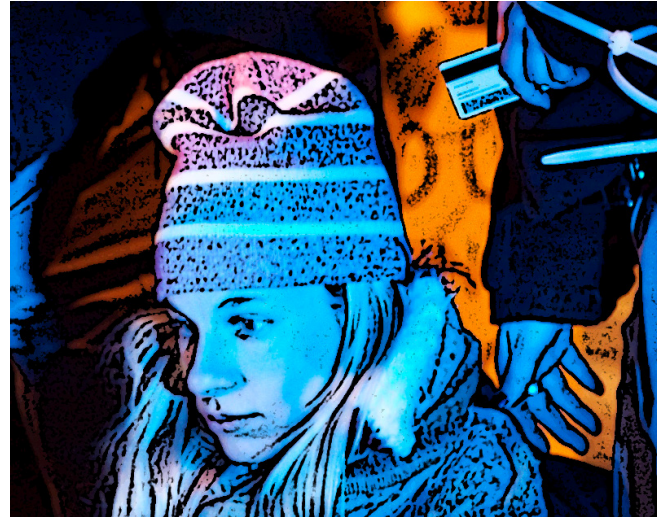
Malm ist sich bewusst, dass er mit dieser Forderung an einem Grundsatz kratzt, welcher für viele Klimaaktivist:innen ein fester Teil ihres Selbstverständnisses ist. Ob bei Fridays-for-Future-Demonstrationen, Strassenblockaden von Extinction Rebellion oder Kohlengrube-Besetzungen durch Ende Gelände: Bei solchen Aktionen wird es allgemein als Tugend erachtet, dass entweder gar keine Gewalt oder höchstens passiver physischer Widerstand zum Einsatz kommt. Unter Berufung auf Idole des zivilen Ungehorsams



Andreas Malm, Klimaaktivist und Autor aus Schweden.

wie Rosa Parks oder Mahatma Gandhi appellieren Teilnehmende aneinander, sich nicht zu Gewalt gegenüber Personen oder Gegenständen hinreissen zu lassen. Stattdessen soll mittels stoischer Ruhe und demonstrativer Friedlichkeit bewiesen werden, dass man sich nicht vom Kern des eigenen Anliegens ablenken lässt. Diese Aktionsform des gewaltfreien zivilen Ungehorsams wird dabei zumindest implizit häufig auch als moralische Überlegenheit gegenüber dem Staat sowie den dahinterstehenden profitorientierten Interessen gedeutet, welche selbst nicht vor gewaltsamen Räumungen zurückschrecken, um zum *courant normal* zurückzukehren.

Malm lehnt solche Aktionen des gewaltfreien Widerstands nicht grundsätzlich ab – im Gegenteil erachtet er sie als wertvolle Schauplätze der Massenmobilisierung, die den Teilnehmenden ein Gefühl der Selbstermächtigung verlei-



Jessica Reznicek, Klimaaktivistin in den USA.

hen und die Sympathien der breiten Bevölkerung wecken können. Ein absolutes Ablehnen jeglicher Gewalt sei aber ein grosser taktischer Fehler. Wer in die Geschichte zurückschaue und dabei behaupte, dass Bewegungen wie diejenige gegen die Sklaverei, für das Frauenstimmrecht oder für Schwarze Bürgerrechte ihre Erfolge gänzlich gewaltfrei herbeiführen konnten, betreibe aktive Verdrängung. Es seien gerade radikale «Flanken» wie etwa die Aktivist:innen um Malcolm X gewesen, welche mit ihren Aufrufen an die Schwarze Bevölkerung zu bewaffneter Selbstverteidigung eine glaubwürdige Drohkulisse aufbauten und schliesslich den Staat zum Handeln zwangen. Selbst Nelson Mandela, eine weitere Ikone der pazifistischen Bewegung, schrieb in seiner Autobiografie über den Kampf gegen das Apartheidsregime in Südafrika: «Ich wollte gewaltlosen Protest nur, solange er effektiv war»⁴. Nachdem Jahrzehnte gewaltlosen Widerstands nicht zum gewünschten Wandel geführt hatten, änderten er und seine Mitstreiter:innen ihre Taktik: «[Wir verübten] selektiv Anschläge [...] gegen militärische Einrichtungen, Kraftwerke, Telefonleitungen und Transportverbindungen – alles Ziele, die nicht nur die militärische Effektivität des Staates beeinträchtigen, sondern auch die Anhänger der National Party verschrecken, ausländisches Kapital abschrecken und die Ökonomie schwächen würden.»

Sabotage als Drohkulisse gegen das fossile Kapital

Malm attestiert der Klimagerechtigkeitsbewegung, dass ihr eine solche «radikale Flanke» fehle. Er sieht nicht zuletzt darin einen gewichtigen Grund, weshalb Staat und Wirtschaft trotz anstehender Klimakatastrophe weiterhin untätig bleiben. Kapitalist:innen fühlten sich mit ihrem auf fossilen Energien beruhenden Eigentum unantastbar, was sich beispielsweise daran zeige, dass 2018 zwei Drittel des weltweiten Kapitals, welches für die Energiegewinnung investiert wurde, in den Ausbau neuer Öl-, Kohle- und Gasan-

line in die Luft jagt. Kämpfen lernen in einer Welt in Flammen.» Berlin: Matthes & Seitz.

4 Mandela, Nelson (2014). «Der lange Weg zur Freiheit: Autobiographie.» Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.

lagen floss⁵. Es sei also an der Zeit, dass die Klimagerechtigkeitsbewegung dieses Unantastbarkeitsgefühl des Kapitals mittels gezielter Sabotage demontiert und kritische Fossilinfrastrukturen angreift. Malm betont hier, dass er nicht einfach zu blinder Zerstörungswut aufrufen will. Sabotage solle vielmehr «intelligent» sein in dem Sinne, dass sie «für genügend Menschen weitestgehend erklärbar und vertretbar» ist. Das bedeutet einerseits, dass man ein Sabotageziel auswählt, welches tatsächlich erhebliche Klimaschäden verursacht – zum Beispiel eine Ölpipeline. Andererseits heisst das, dass man sicherstellt, dass Menschenleben in keinsten Weise durch die Sabotage gefährdet werden. Malm vollzieht hier eine scharfe Trennung: Das Recht der Menschen auf körperliche Unversehrtheit ist unantastbar. Gegenstände und Eigentum hingegen sind es nicht: «Man kann ein Auto nicht grausam behandeln oder zum Weinen bringen. Es besitzt keine Rechte, die im Moment der Inbrandsetzung beschnitten würden». Die Beschädigung oder Zerstörung von Eigentum ist gerechtfertigt, wenn dieses die Klimaerhitzung in massivem Ausmass vorantreibt.

Abschreckungspotenzial und andere Gefahren

Dass Sabotage-Akte Teile der Öffentlichkeit abschrecken könnten, nimmt Malm in Kauf. Er geht davon aus, dass sich die Akzeptanz mit zunehmender Zuspitzung der globalen Situation tendenziell erhöhen werde. Man solle daher nicht auf einen Beinahe-Konsens warten, da «die Sprengung einer Pipeline in einer sechs Grad wärmeren Welt etwas zu spät sein dürfte». Zugleich sei es wichtig, dass auch andere Widerstandsformen wie Demonstrationen, Klimacamps oder ziviler Ungehorsam im Sinne einer «Diversität und Pluralität von Taktiken» weitergeführt werden. Es sei klar, dass diese Bandbreite an Aktionen zu Spannungen in der Klimagerechtigkeitsbewegung führen werde. Doch sei dies das Schicksal jeder Bewegung gewesen, die bisher den Lauf der Geschichte verändern konnte.

Am 24. Juli 2017 veröffentlichten Jessica Reznicek und Ruby Montoya eine Medienmitteilung zu den zahlreichen Anschlägen auf die Dakota-Access-Pipeline und unterzeichneten sie mit ihren Klarnamen. Kurz darauf wurden sie verhaftet. In den Gerichtsprozessen, welche bald anlaufen, bekennen sie sich schuldig, einen Komplott zur Beschädigung einer Energieanlage organisiert zu haben. Die Anklage verlangt, dass beiden eine Gefängnisstrafe von 20 Jahren sowie eine Busse im Ausmass von 250'000 USD auferlegt wird. Das Urteil wird Ende Mai 2021 erwartet⁶.

Welchen Weg wird die Klimabewegung einschlagen?

Die Pipeline-Anschläge von Ruby und Jessica können als Testballon für die von Malm propagierte Strategie betrach-



tet werden. Gemessen an ihrem Beispiel scheint ein erstes Fazit ernüchternd: Wahrscheinlich haben die meisten von uns vor der Lektüre dieses Artikels noch nie von den beiden Frauen gehört. Ihr Engagement wurde bereits während der Aktionen totgeschwiegen und findet auch weiterhin kaum eine Öffentlichkeit. Gleichzeitig sieht es danach aus, als ob sie grosse juristische Konsequenzen zu tragen haben werden. Der Staat bezieht weiterhin klar Position zugunsten des Eigentums und weigert sich, konsequent für einen lebenswerten Planeten einzustehen.

Malms Argumente verdienen sicherlich eine breite Rezeption: Die Klimabewegung muss sich der Frage stellen, ob die bis anhin propagierte Gewaltlosigkeit nicht doch eher ein Bremsklotz als eine Tugend ist. Dennoch gilt es bei der Beantwortung dieser Frage und insbesondere bei daraus erfolgenden strategischen Entscheidungen, allfällige Gefahren sorgfältig miteinzubeziehen und sich klar darüber bewusst zu werden, wie weit jede Person für den Kampf gegen die Klimaerhitzung zu gehen bereit ist.

Jessica und Ruby selbst äussern sich dazu wie folgt:

«**Unsere Schlussfolgerung ist, dass dieses System kaputt ist und dass es an uns als Individuen liegt, friedlich zu handeln und das Problem zu beheben [...]. Wir sprechen öffentlich, um andere zu ermächtigen, mutig und mit reinem Herzen zu handeln, um die Infrastrukturen zu zerschlagen, die uns unsere Rechte auf Wasser, Land und Freiheit verweigern. [...] Wenn wir etwas bedauern, dann ist es die Tatsache, dass wir nicht genug getan haben.»**

⁵ Investitionen in den Unterhalt bereits bestehender Anlagen seien in diesen zwei Dritteln nicht inbegriffen.

⁶ <https://eu.desmoinesregister.com/story/news/crime-and-courts/2021/01/22/pipeline-protests-two-activists-plead-guilty-dakota-access-sabotage-jessica-reznicek-ruby-montoya/4210901001/>

PAPIERLOS IN ZEITEN VON CORONA

Ein Leben voller Herausforderungen

Die Corona-Pandemie war und ist für viele Menschen mit sozialer Isolation, finanziellen Problemen und grossen Zukunftsängsten verbunden. Für die mehr als 76'000 Menschen, die ohne geregelten Aufenthalt in der Schweiz leben, ist die Situation noch herausfordernder. Die folgenden Ausführungen basieren auf Interviews, die ich im Rahmen meiner Maturaarbeit mit Hausarbeiterinnen ohne gültige Aufenthaltsbewilligung geführt habe. Sie zeigen nicht nur auf, dass prekarierte Menschen unsere politische Solidarität brauchen, sondern auch, wie viel Arbeit illegalisierte Menschen trotz widrigster Umstände täglich für unsere Gesellschaft leisten.

von Mathilde Beige (BFS Basel)

Ungefähr 1% der Menschen in der Schweiz leben und arbeiten ohne geregelten Aufenthaltsstatus. Weit über 80 Prozent sind erwerbstätig und leisten beispielsweise wichtige Betreuungs- und Pflegearbeit. Sans-Papiers arbeiten häufig in der Bauwirtschaft, im Gastrobereich sowie als Pfleger:innen und Reinigungskräfte in Privathaushalten. Vor allem im Bereich der Hauswirtschaft sind fast ausschliesslich Frauen tätig.

Menschen können auf mehrere Arten illegalisiert werden. Viele reisen als Touristen:innen in die Schweiz ein und werden nach drei Monaten zu Sans-Papiers, ohne je einen geregelten Aufenthaltsstatus besessen zu haben. Es gibt auch den Fall der Entziehung einer Aufenthaltsbewilligung bei längerer Arbeitslosigkeit oder «zu langem» Sozialhilfebezug. Auch abgewiesene Asylsuchende, welche nach einem Negativ-Entscheid in der Schweiz verbleiben, werden zu Sans-Papiers.

Die grössten Herausforderungen im Alltag

Sans-Papiers befinden sich aufgrund ihres irregulären Aufenthaltes in einer äusserst prekären Lage. Eine der Hauptstressfaktoren ist die ständige Angst vor Polizeikontrollen:

« Ich habe jede Sekunde Angst, in eine Kontrolle zu kommen. Jede Sekunde! »

Auf Grund dieser Angst vermeiden viele Sans-Papiers die Öffentlichkeit und verlassen ihre Wohnung nur, wenn es unbedingt sein muss. Was für Menschen mit regeltem Aufent-

halt selbstverständlich ist, bleibt vielen Sans-Papiers verwehrt:

« Ich habe Sehnsucht, am Rhein sitzen zu können und einfach auf das Wasser zu schauen. »

Auch auf dem Arbeitsmarkt sind Sans-Papiers massiv benachteiligt und haben oft Mühe, eine Stelle zu finden und so ihre Existenz zu sichern. Kommt hinzu, dass illegalisierte Menschen in vielen Lebenssituationen von Drittpersonen abhängig sind. Denn offiziell können sie weder eine Wohnung mieten noch ein Bankkonto eröffnen. Das Leben in prekären Lebensverhältnissen führt zu Gefühlen von Machtlosigkeit und psychischem Stress im Alltag, was wiederum oft gesundheitliche Konsequenzen hat.

Rechtlosigkeit

Sans-Papiers befinden sich in einer äusserst schwierigen Rechtslage. Als illegalisierte Menschen verstossen sie alleine schon durch ihre Anwesenheit in der Schweiz gegen das Gesetz. Bezüglich der Grundrechte von Sans-Papiers stehen sich zwei auseinandergehende Interessen gegenüber: die grundlegenden Menschenrechte einerseits, das Ausländerrecht andererseits. Obwohl Sans-Papiers theoretisch die



gleichen Grundrechte wie jede:r andere haben, riskieren sie bei der Einforderung dieser Rechte den Verweis an die Fremdenpolizei und eine anschliessende Ausschaffung. So ist es schwierig, juristisch gegen Rechtsverletzungen vorzugehen. Diese Rechtlosigkeit hat für sie auch als Lohnabhängige gravierende Konsequenzen: Einerseits sind sie auf ein Erwerbseinkommen angewiesen, andererseits können sie sich kaum gegen ausbeuterische und willkürliche Arbeitsverhältnisse zur Wehr setzen:

«Ich muss schweigen und arbeiten. Ich fühle mich wie in einer niedrigen Klasse»

sagte mir dazu eine Interviewpartnerin. Ebendiese Verhältnisse wurden vielen Sans-Papiers während der Coronakrise zusätzlich zum Verhängnis.

Die Corona-Pandemie

Viele Sans-Papiers haben während der Corona-Pandemie ihre Lohnarbeit ganz oder teilweise verloren. In vielen Fällen führten Lockdown und Homeoffice dazu, dass ihre bisherigen «Arbeitgeber:innen» die Haushalts- und Pflegearbeit zuhause selbst verrichteten und ihre Angestellten entliessen. In der Gastronomie oder auf dem Bau fiel die Arbeit oft gänzlich weg, Lohnfortzahlungen wurden in der Regel nicht geleistet. Da sich Sans-Papiers weder an die Arbeitslosenversicherung noch an sonstige staatliche Stellen wenden können, führte der Einkommensunterbruch oder -rückgang oft zu unmittelbarer finanzieller und existenzieller Not. Viele Sans-Papiers leben aufgrund ihres ohnehin schon kleinen Einkommens in sehr engen Wohnverhältnissen. Vier oder fünf Personen in einer Zweizimmerwohnung sind keine Seltenheit. Mit dem Verlust der Erwerbsarbeit, #stayathome und dem Rückgang des öffentlichen Lebens wurden diese Wohnverhältnisse für viele eine zusätzliche Belastungsprobe. Auch die Angst vor einer Covid-19-Erkrankung war und ist für viele eine enorme psychische Belastung. Denn nicht nur die Krankheit und damit zusammenhängende Kosten (die wenigsten sind krankenversichert) sind für Sans-Papiers ein Grund, das Virus zu fürchten, sondern auch die Notwendigkeit, «unsichtbar» zu bleiben. Im Falle eines Spitalaufenthaltes fürchten sie, den Behörden gemeldet zu werden und so ihre Existenz zu verlieren.

Die physische Gesundheit ist allerdings nicht das einzige Problem, auch die psychische Gesundheit vieler Sans-Papiers wird während der Krise zunehmend in Mitleidenchaft gezogen. Existenzielle Not, Ungewissheit über die eigene Zukunft und Lebensperspektiven, die Angst vor Co-

rona, die erhöhte Polizeipräsenz auf den Strassen und die zunehmende soziale Isolation – all diese Faktoren führen bei vielen Sans-Papiers zu psychischen Erkrankungen. Die Corona-Pandemie zeigt nochmals deutlich auf, wie prekär die Lebenssituation von Sans-Papiers ist.

In einem offenen Brief forderten die Sans-Papiers-Kollektive Basel die Bevölkerung dazu auf, sich zu solidarisieren:

«Wir putzen Wohnungen und tätigen Einkäufe, damit andere mehr arbeiten oder Zeit für sich haben können. Wir passen auf Kinder auf, damit sie nicht alleine sind. Wir pflegen ältere Personen, damit sie betreut sind. (...) Die Coronakrise zeigt noch einmal auf, dass wir uns alle gegenseitig unterstützen müssen. (...) Wir rufen Euch alle dazu auf, uns dabei zu unterstützen, eine Regularisierung zu erreichen. Die Sans-Papiers-Frage ist eine, die uns alle betrifft.»

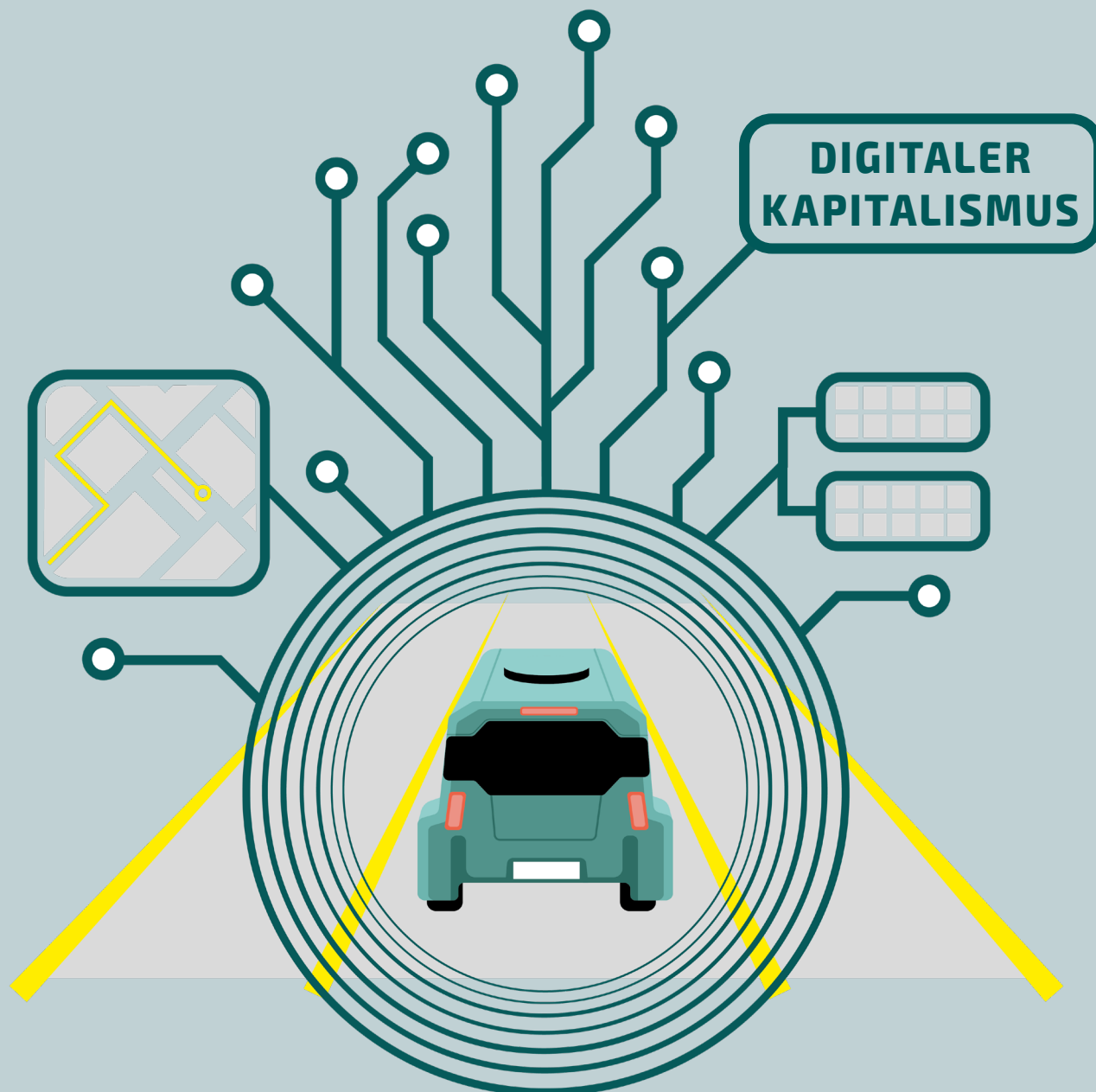
Die Isolation durchbrechen

Auf politischer Ebene ist die kollektive Regularisierung aller Sans-Papiers die einzige Möglichkeit, um die Lebensverhältnisse illegalisierter Menschen schnell und wirksam zu verbessern. Gleiche Rechte für alle Menschen sind eine Grundvoraussetzung für weitere Kämpfe.

Gerade weil die politischen Kräfteverhältnisse derzeit für solche Projekte ungünstig sind, lässt sich Solidarität und Unterstützung aber auch im Rahmen kleinerer Projekte umsetzen. «Zämme Vo Überall» ist ein Deutschkurs-Projekt in Basel, das im Oktober 2019 entstanden ist und zum Ziel hat, Migrant:innen mit wenigen Deutschkenntnissen mit deutschsprachigen Menschen zusammenzubringen. Im Rahmen wöchentlich stattfindender Deutschkurse organisieren wir Lerneinheiten, Diskussionen und Lernhilfen. Obgleich mangelnde Deutschkenntnisse in vielen Fällen nicht das Hauptproblem für migrierte Menschen darstellen, ist das Projekt wertvoll, um sich zu vernetzen, die Isolation zu durchbrechen und voneinander zu lernen.

Wenn du «Zämme Vo Überall» unterstützen möchtest, freuen wir uns über deine Nachricht:

ZaemmeVoUeberall@gmail.com



Was, wenn das Auto künftig selber fährt?

Die ökologische Bewegung stellt seit Jahren völlig richtig fest: Für ein nachhaltiges Leben auf der Erde muss der menschliche Stoffwechsel mit ebendieser fundamental verändert werden. Diese Position verdeutlicht, dass uns technologische Fortschritte eben nicht vor der Klimakatastrophe retten werden, sondern dafür die Organisation der Produktion neu gedacht werden muss. Diese Feststellung entbindet uns aber nicht davon, uns mit möglichen zukünftigen technischen Umwälzungen auseinanderzusetzen. Sonst übertölpelt uns der Kapitalismus ein weiteres Mal, indem er sich in letzter Sekunde vor den eigenen Widersprüchen rettet – zumindest für eine gewisse Zeit. Das Beispiel des selbstfahrenden Autos zeigt dies schön auf.

von Matthias Kern (BFS Zürich)

Technische Umwälzungen sind manchmal schwer im Voraus zu erkennen. Wir sind daran gewöhnt, uns Entwicklungen als grundsätzlichen Fortschritt zu denken. So auch, wenn wir die Zukunft der Automobilität skizzieren müssten. In den letzten Jahrzehnten wurden die produzierten Autos jedes Jahr ein kleines bisschen sparsamer pro bewegtem Kilogramm. Allerdings wurden sie auch kontinuierlich schwerer. Zudem gibt es immer mehr Autos. Und so ist trotz technischer Innovationen der gesamte Treibstoffverbrauch in der Schweiz zwischen 1990 und 2018 um 7.8% gestiegen.¹

Als vermeintliche Lösung wird von weiten Teilen der Politik und auch der Wirtschaft die Umstellung vom Verbrennungsmotor auf den Elektroantrieb propagiert. Dabei ist wissenschaftlich längst erwiesen, dass auch elektrisch betriebene Fahrzeuge den enormen Energieverbrauch durch die individuelle Mobilität nicht wesentlich senken werden. Elektroautos sind sehr schwer, energieintensiv in der Produktion und stehen wie fossil betriebene Fahrzeuge 95% einfach rum. Sie sind damit schlicht eine neue Spielart eines altbekannten Symbols einer kaum nachhaltigen Wirtschaftsweise.²

Auch das E-Auto wird die fundamentalen ökologischen Widersprüche der herrschenden Wirtschaftsweise also nicht lösen können. Im Abbau der für die Batterien so wichtigen Stoffe wie Lithium oder Kobalt passieren nicht nur ökologische, sondern auch menschliche Verbrechen. Und der Strom für die E-Autos kommt immer noch aus der Steckdose und dieser wird weiterhin zu überwiegenden Teilen in Anlagen hergestellt, die fossile Brennstoffe oder Uran verheizen. Es braucht daher nicht neue Autos, sondern die Abkehr von der Automobilität.³

Die nächste Mobilitätsrevolution liegt woanders

Doch wenn wir glauben, dass der aktuell so stark gemachte «Ökokapitalismus» im Bereich der Mobilität nur das Elektroauto als schwächlichen Pfeil im Köcher hat, hängen wir womöglich einer Illusion nach. Ich würde behaupten, dass die eigentliche Innovation in der Mobilität woanders liegt und diese die Art und Weise, wie wir uns im Raum bewegen, fundamental verändern wird. Ich bin überzeugt, dass autonome, sich durch Algorithmen, neuronale Netzwerke und künstliche Intelligenz selbständig im Verkehr zurechtfindende Fortbewegungsmittel – selbstfahrende Autos – die Lösung sein werden, auf die ein technologischer Ökokapitalismus setzen wird.

Längst haben die grossen Tech-Konzerne die Mobili-

tät als den grossen Zukunftsmarkt nach Computer und Smartphones entdeckt. Google, Amazon und Apple, aber auch technologieführende Autobauer wie Tesla und VW (in Kooperation mit Microsoft) sowie unzählige kleinere und grössere bislang noch unbekannte Firmen arbeiten mit Hochdruck an eigenen Angeboten und Lösungen. Zentrales Element bei allen: Eine Software, die in der Lage ist, das Fahrzeug selbständig durch den Verkehr und über die Strassen zu lenken, die auf unvorhergesehene Situationen reagieren kann und die gleichzeitig schneller und rationaler reagiert, als es Menschen tun: Der vollautomatische Verkehr also.

Eine lineare Entwicklung?

Über (teil-)autonome Fahr-Assistenzsysteme und «Autopiloten» wurde in den letzten Jahren in verschiedenen Medien immer wieder berichtet. Weiterum bekannt ist die Einteilung der «Autonomie» des Fahrzeugs in so genannte «Levels»: Level 2 bedeutet ein Fahr-Assistenzsystem, Level 3 die Abgabe der Kontrolle an das Fahrzeug in bestimmten Situationen wie auf Autobahnen, Level 4 die weitgehende Abgabe der Kontrolle und nur noch die Bereitschaft, hin und wieder zu übernehmen und Level 5 das vollständig autonom verkehrende Fahrzeug, ohne die Möglichkeit der Passagiere, die Kontrolle zu übernehmen.

Diese Levels suggerieren eine lineare Entwicklung: Jedes Jahr werden die Autos ein bisschen intelligenter, jedes Jahr übernehmen sie ein bisschen mehr Funktionen, bis sie eines Tages von selbst fahren. Auch die Zeitungsartikel zum autonomen Fahren denken meistens die aktuellen Mobilitäts- und vor allem auch Eigentumsverhältnisse einfach in die Zukunft weiter, nur halt mit intelligenteren Systemen.

Dabei könnte das autonome Fahren die Welt und die Gesellschaft, wie wir sie kennen, fundamental verändern. Die Gestalter und Profiteure dieser Veränderung sind die grossen Tech-Konzerne. Sie sind zugleich auch Ausdruck einer extremen Konzentration des Kapitals. Der Börsenwert von Apple, Amazon und Microsoft beläuft sich jeweils auf über eine Billion (!) Dollar. Zum Vergleich beträgt jener von Toyota, einer der grössten Autohersteller der Welt, gerade einmal 170 Milliarden Dollar. In ihren Händen wird sich die Technik, mit der die autonomen Fahrzeuge funktionieren, befinden und sie werden entsprechend unentbehrlich in der alltäglichen Mobilität von Milliarden von Menschen. Anders gesagt: Wir werden uns nicht einfach zurücklehnen können, während uns Autos gemächlich durch die Welt, wie wir sie kennen navigieren. Die Unternehmer:innen, welche noch mehr Kapital und Macht erlangen werden, werden unsere Welt bis dahin grundlegend verändert haben.

Ein riesiges Investitionspotenzial

Viele Investor:innen haben das bereits entdeckt und wetten auf gewisse Zukunftsszenarien. Die Aktien von Fir-

1 <https://www.verbrauchskatalog.ch/de/informationen/verbrauch>

2 <https://sozialismus.ch/oekologie/2018/oekologie-scheinloesung-elektroauto>

3 <https://sozialismus.ch/oekologie/2017/oekologie-elektroauto-als-wende/>



Teslas «Full Self Driving»-Software nutzt optische Sensoren, um in Echtzeit ein 3D-Modell der Umgebung zu berechnen, so dass sich das Auto bereits in vielen Situationen selbständig fortbewegen kann.

men wie Uber oder Tesla sind nicht so begehrt, weil Uber das Taxi neu erfunden hätte oder weil Tesla ein technisch grossartig überlegenes Elektro-Auto gebaut hätte. Nein, beide Firmen forschen intensiv an selbstfahrenden Fahrzeugen. Sie versprechen vollautonome Systeme, im Falle Teslas bereits für Ende 2021. Auch wenn das wohl zu optimistisch ist und es erst Mitte dieses Jahrzehnts so weit sein sollte: Die Auswirkungen, wenn es einer Firma tatsächlich gelingt ein vollständig autonomes Fahrzeug auf die Strasse zu bringen, sind kaum abschätzbar.

Tesla gibt an, dass ihre Robotaxis zukünftig für ungefähr 10 Rappen pro Kilometer betrieben werden könnten. 100 Kilometer, ungefähr die Strecke zwischen Zürich und Bern, würden somit rund 10 Franken kosten. Auch mit einer Gewinnmarge von 100% wäre Tesla günstiger als jeder Zug. Dazu kommt der Komfort: Ein Fahrzeug für sich allein, die Möglichkeit ungestört zu arbeiten oder einen Film zu schauen, all das bietet ein autonomes Auto. Zudem die Möglichkeit, ohne Wechsel des Fahrzeugs und ohne Fussweg von einer Adresse zu einer anderen zu gelangen.

Doch wie genau wird diese Entwicklung das Funktionieren der Gesellschaft verändern? Wenn wir heute Artikel zu autonomen Fahrzeugen lesen, wird oftmals eine fantastische Geschichte erzählt: Sobald die Entwicklung einer Software für autonomes Fahren abgeschlossen sei, könnten die Besitzer:innen ihre Fahrzeuge in der Zeit, in der sie sie nicht benötigen, autonom in einem Ride-Hailing-Netzwerk⁴

fahren lassen, um so bis zu 20'000 Franken im Jahr zu verdienen. Es wird eine Welt in Aussicht gestellt, in der das eigene Auto ohne eigenes Zutun mal schnell mehr als 1'000 Franken pro Monat «verdienen» kann, die in die eigene Tasche fließen.

Dabei muss man kein:e studierte Ökonom:in sein, um zu merken, dass diese Rechnung nicht aufgehen kann. Denn wenn ein 60'000-Franken-Auto (bspw. Tesla Model 3) in drei Jahren so nebenbei seinen Preis wieder eingespielt haben wird, dann wird dieses Auto inklusive der Self-Driving-Software keinesfalls mehr für 60'000 Franken angeboten werden. Tesla wäre dumm, ein Auto für läppische 60'000 Franken zu verkaufen, anstatt es selbst als Robo-Taxi einzusetzen und dabei mehr Gewinn zu erzielen. Elon Musk, der CEO von Tesla, geht davon aus, dass die in Entwicklung befindliche Full Self Driving Suite (FSD) bei Fertigstellung einen Wert von mindestens 100'000 Dollar oder mehr haben wird – pro Auto.⁵

Dass der im Auto gebundene Mehrwert hierbei nicht auf einen Schlag, sondern über eine längere Zeitspanne realisiert wird, spielt keine Rolle. Denn Kapital ist aktuell mehr als genug vorhanden und Investor:innen dürften nur allzu gerne bereit sein, dieses zu investieren. Das selbstfahrende Auto wird also zu einem Anlageobjekt werden. Und damit wird es sich längerfristig nicht mehr im Eigentum einzelner Lohnabhängiger befinden. Stattdessen wird der überwiegende Teil der Bevölkerung nur noch das Angebot oder den Service in Anspruch nehmen und das Auto wird

4 Ride-Hailing ist der Überbegriff für Angebote wie Uber, die einen von A nach B transportieren, aktuell noch unter Einsatz menschlicher Fahrer:innen.

5 <https://teslamag.de/news/nach-tests-dann-teurer-tesla-chef-erklart-und-verteidigt-autopilot-preispolitik-30672>

nach getaner Fahrt andere Menschen von A nach B befördern. Eine beträchtliche Reduktion der herumstehenden Fahrzeuge wäre ein automatischer Nebeneffekt, mit einem gleichzeitig starken Rückgang der Produktionskapazitäten in der Autoindustrie.

Müssten also wir Linken, die den zerstörerischen Effekt des motorisierten Individualverkehrs (egal ob fossil oder elektrisch betrieben) schon lange erkannt haben, eigentlich mit Hoffnung in die Zukunft und auf die Entwicklung selbstfahrender Autos blicken?

Wem gehören die Fortbewegungsmittel?

Ein spekulativer Blick ins Jahr 2050: Bahnhöfe werden als Büro- und Sportflächen genutzt, Zuggleise verrostet, Infrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs zerfällt. Autobusse werden manchmal noch für spezielle Ausflüge gemietet, aber mehr wegen des Nostalgie-Charakters, denn wegen ihrer Praktikabilität. Bahngesellschaften existieren praktisch keine mehr. Für den morgendlichen Arbeitsweg öffnen die Menschen eine App von Uber, Tesla oder Apple.

Doch wie kam es dazu? Mit der Entwicklung autonom fahrender Autos sind zwei Sparten in eine heftige Krise geraten: Erstens die traditionellen Autohersteller und zweitens die staatlichen oder halb-privaten Anbieter des öffentlichen Verkehrs. Beide wurden von den technologischen Fortschritten abgehängt.

Mit dem massenhaften Einsatz autonomer Fahrzeuge wurden die klassischen öffentlichen Verkehrsmittel immer unattraktiver. Sie waren weiterhin starr an einen Fahrplan und fixe Haltestellen gebunden und boten nicht den Platz und Komfort eines Autos. Trotz grosser Preisreduktionen gelang es nicht, die Menschen weiterhin von der Benutzung von Bus und Zug zu überzeugen. Nur noch die ärmsten Bevölkerungsteile benutzten den öffentlichen Verkehr. Die grossen Technologiekonzerne haben gleichzeitig nach der Entwicklung ihrer autonomen Fahrlösungen den Verkauf von Fahrzeugen an Privatkunden eingestellt. Sie fungieren als grosse Investitionsplattformen, die jeweils hunderttausende Fahrzeuge besitzen und durch ihre Dienstleistungen gewaltige Gewinne machen, die dann an die Investor:innen ausgeschüttet werden können.

Die traditionellen Autobauer sind zu Nischen-Unternehmen verkommen, die sich auf spezielle Liebhaberstücke und teilweise Nutzfahrzeuge konzentrieren. Millionen von Menschen haben bei dieser Umwälzung ihre Arbeit verloren. Nicht nur büssen klassisch betriebene und von Menschen gesteuerte Autos an Attraktivität ein, sie wurden in den meisten Fällen auch verboten. Denn bereits seit den späten 2010er Jahren rühmen sich Hersteller wie Tesla oder Waymo damit, dass ihre autonomen Systeme um ein Vielfaches sicherer seien als menschliche Fahrer:innen. Dieses Verhältnis dürfte sich bis 2040 in Richtung hundert Mal sicherer oder sogar tausend Mal sicherer verschoben haben. Es dürfte früher oder später eintreten, was Elon Musk bereits 2018 prophezeite: Der Mensch als Fahrer:in wird verboten.

Damit werden die Tech-Konzerne einen gewaltigen Teil der Mobilität kontrollieren, wenn auch anfangs vermutlich nur in der westlichen Welt. In die Hände spielen dürfte ihnen dabei auch, dass in den kommenden Jahrzehnten die Auswirkungen der Klimakatastrophe immer sichtbarer werden und die kapitalistisch organisierten Staaten dagegen auch in zehn Jahren keine wirksame Strategie entwickelt haben dürften. Einen möglichen Ausweg würden hier die Tech-Konzerne bieten: Sie versprechen mithilfe ihrer Algorithmen und autonomen Fahrzeugen den Verkehr effizienter und somit klimafreundlicher zu organisieren. Das dürfte als der einzige vermeintliche Lösungsansatz erscheinen, wenn Eigentumsverhältnisse nicht angetastet werden sollen.

Wieso sind solche Überlegungen wichtig?

Natürlich sind solche Überlegungen hoch spekulativ. Aber im Kampf gegen die Klimakatastrophe stehen wir einem übermächtigen Feind gegenüber, der über ein gewaltiges Budget verfügt und dem bis heute erstaunlich wenig Opposition entgegenbrandet. Technik ist zudem nicht «neutral» und so sinnvoll und wertvoll selbstfahrende Fahrzeuge theoretisch für eine Gesellschaft auch sein könnten, so wenig Hoffnung besteht, dass die Technologie uns allen zugutekommt, solange sie in den Händen einiger weniger Konzerne verbleibt, die sie zur Profitmaximierung nutzen.

Es ist klar, dass die Herrschenden im kapitalistischen System kein Interesse haben, die Klimaerwärmung nachhaltig zu bekämpfen. Sie werden sie teilweise einzudämmen versuchen und ganz bestimmt sich selbst weiterhin ein komfortables Leben ermöglichen. Und sie werden die notwendigen Umwälzungen, Reformen und Anpassungen nutzen, um sich selbst weitere Vorteile zu verschaffen. Es dürfte mit ziemlicher Sicherheit zu einer weiteren Konzentration des Kapitals kommen und gerade die grossen Tech-Konzerne sind dafür hervorragend aufgestellt. Sie pumpen bereits heute Milliarden in die Entwicklung neuer Mobilitätskonzepte, denen ein Grossteil der Menschen völlig ausgeliefert sein wird und die keinerlei demokratischer Kontrolle unterstehen.

Aus diesen Gründen erscheint mir das oben vorgestellte Szenario aktuell als nicht völlig abwegig, wenn auch natürlich noch vieles passieren kann – und dringend müsste. Denn noch bliebe die Zeit, um im Kampf für ökologische Gerechtigkeit und gegen die Klimakatastrophe die richtigen, funktionierenden Wege einzuschlagen. Dazu aber braucht es eine weitgehende Transformation der Produktion und vor allem der Eigentumsverhältnisse. Wenn uns dies nicht gelingt, werden in Zukunft viele Errungenschaften sozialer Kämpfe und ganze Sparten kollektiv genutzter Infrastruktur verschwinden. Der Ersatz dafür wäre eine noch viel stärker privatisierte öffentliche Sphäre, die stark von einigen wenigen Konzernen dominiert sein wird. Und diesen Konzernen steht eine immer grössere Masse an prekarierten Menschen gegenüber, die Verlierer:innen der so genannten Gig-Economy. Keine guten Aussichten.



8. März 2021 in Zürich (Eigene Darstellung)

Staat und Polizei: **Weg damit!**

In der Antikap Nummer 13 erschien der Artikel «Staat und Polizei: Instrumente der Herrschenden?» von David Ales. Im Folgenden möchten wir eine Antwort darauf formulieren. Unser Artikel soll einerseits als Ergänzung zu Davids Artikel verstanden werden. Er soll aber auch aufzeigen, dass Davids Einschätzung illusorisch ist. Polizist:innen mögen vielleicht lohnabhängig sein. Das hält sie jedoch nicht davon ab, im Auftrag der Herrschenden Angst und Schrecken zu verbreiten, ja uns schlichtweg zu unterdrücken.

von Dante Manco und Theo Vanzetti (BFS Zürich)

Unser Artikel soll als Ergänzung zu Davids Artikel verstanden werden.

David greift in seinem Artikel interessante Aspekte auf, aber gibt diese leider etwas zu verkürzt wieder. Davids erste Hauptthese ist Folgende:

Staatlichkeit und Repression sind umkämpfte und beeinflussbare Felder politischer und sozialer Auseinandersetzungen. David schreibt, dass es zu einfach ist, den Polizeiapparat als simples Instrument der Herrschenden zu bezeichnen.

Wir möchten dieser Analyse nur teilweise widersprechen und dennoch anmerken, dass sich die 2020 von Neuem entfachte Debatte auch nur bedingt um diese Fragestellung dreht. Die Positionen von Cinzia Arruzza¹ und Sam Mitrani² sind allgemein eine Polizei- und Justizkritik oder eine Kampagne unter dem Slogan «abolish the police» und zeigen damit auf, dass die Analyse des Repressionsapparats weitaus komplexer und vielschichtiger ist. Wie kann eine nuancierte Analyse der Funktion des Repressionsapparats in einer kapitalistischen Gesellschaft aussehen?

Zunehmend Militarisierung der Polizei

Wir halten es für falsch, die militarisierte und rassistisch handelnde Polizei als vornehmlich amerikanisches Phänomen zu analysieren. Zwar sind beispielsweise die griechische oder französische Polizei unter anderen Bedingungen entstanden, stehen der amerikanischen Polizei in Sachen Brutalität in Wenigem nach. David argumentiert, dass die besondere Militarisierung der amerikanischen Polizei nur im historischen Kontext der USA begreifbar ist. Es wäre verharmlosend zu behaupten, dass die Polizei in der Schweiz sei so brutal und mörderisch wie in den Vereinigten Staaten. Jedoch ist spätestens seit 9/11 weltweit zu beobachten, dass Polizeieinheiten zunehmend mit militärischer Ausstattung ausgerüstet werden. Damit sollen sie gegen politische Unruhen gewappnet sein. Seit 1968, als Schweizer Polizist:innen noch völlig ungeschützt gegen Demonstrierende vorgingen, kamen im Verlauf der Jahre Waffen, Rüstung und auch schweres Gerät bis hin zu Räumungspanzern hinzu. Heute stehen wir auch in der Schweiz einer Polizei gegenüber, welche an Kampfbotter erinnert³. Weiter sind Überwachungstechnologien inklusive Wärmebildkame-

ras, Drohnen und vielem mehr zu nennen. Wir sollten uns auch bewusst sein, dass all diese Möglichkeiten, welche die Schweizer Polizei heute besitzt, gegen illegalisierte Migration und vieles mehr eingesetzt werden.

Sind Polizist:innen lohnabhängig?

Problematischer sind Davids zwei folgende Argumente, weil sie im Kontext des Artikels stark gewichtet werden und den Eindruck vermitteln können, dass die unterdrückende Funktion der Polizei relativiert wird. Wir möchten David hier jedoch keine Absicht unterstellen.

In seinem zweiten Hauptargument vertritt David die These, dass Polizist:innen wie andere Lohnabhängige auch ihre Arbeitskraft im Kapitalismus verkaufen müssen, um zu überleben. Wir sollten ihnen ihre Lohnabhängigkeit nicht absprechen, weil viele andere Berufe der Gesellschaft ebenso schaden.

Wo ziehen wir die Grenze? Es wäre verfehlt, sich in dieser Diskussion zu verzetteln, gerade weil wir keine willkürlichen Grenzen ziehen wollen. Uns ist auch bewusst, dass viele andere Tätigkeiten in unserer kapitalistischen Gesellschaft sinnlos (Werbung) oder direkt schädlich (Rüstungsindustrie) sind. Ergiebiger ist es, über andere Faktoren zu sprechen, die das politische Verhalten und Bewusstsein der Menschen besser abbilden können. Müssen wir die Lohnabhängigkeit der Polizist:innen negieren? An sich nicht. Jedoch wollen wir darauf hinweisen, dass das Klassenbewusstsein, also das politische Bewusstsein, und die materielle Klassenzugehörigkeit nicht automatisch Hand in Hand gehen und deshalb divergieren können. Wie Arruzza in ihrem oben zitierten Artikel erwähnt, wurde die Polizei von den Herrschenden zum Schutz ihres Eigentums, aber zum Beispiel auch für Landprivatisierung im Zuge der Industrialisierung (ursprüngliche Akkumulation) ins Leben gerufen.

Zentral ist in diesem Kontext die Funktion, die die Polizei in einer kapitalistischen Gesellschaft innehat, nicht ihre Lohnabhängigkeit.

Statt über Lohnabhängigkeit sollten wir nebst der bereits genannten Funktion der Sicherung der herrschenden Klassenverhältnisse auch über Macht im weiteren Sinne sprechen und wie sie strukturell in der Gesellschaft verteilt ist. Der Unterschied zwischen Menschen in prekären Anstellungsverhältnissen wie Pflegefachpersonen einerseits und Polizist:innen oder Richter:innen andererseits liegt unseres Erachtens nach in ihrer Position in der gesellschaftlichen Hierarchie und in der unmittelbaren Macht, Dinge zu beeinflussen. Dazu gehört zum Beispiel die Lizenz zur Gewaltanwendung, welche Polizist:innen haben. Eine Lehrperson, welche Kinder schlägt, wird beispielsweise – zumindest in der Theorie – vom Staat sanktioniert. Polizist:innen hingegen gehen selbst bei

1 <https://sozialismus.ch/theorie/2020/polizei-polizistinnen-sind-keine-arbeiterinnen-sondern-agentinnen-der-repression>

2 <https://sozialismus.ch/theorie/2020/rassismus-warum-sich-die-polizei-nicht-aendern-wird>

3 <https://sozialismus.ch/schweiz/2021/von-blau-zu-schwarz-die-aufruestung-der-polizei>



Spezialeinheit «MEK Helvetia» der Schweizerischen Zollverwaltung im Training
(SRF Reporter, 2020, Minute 4:12, Quelle: www.youtube.com)

der Ausübung tödlicher Gewalt oft straffrei aus. Obschon alle Menschen der kapitalistischen Totalität und ihren Sachzwängen unterworfen sind, so besteht dennoch ein grosser Unterschied hinsichtlich der Handlungsmöglichkeiten verschiedener sozialer Akteur:innen.

Damit wollen wir nicht sagen, dass Akteur:innen mit verhältnismässig viel Macht keinen systemischen Zwängen ausgesetzt sind. Essenziell hierbei ist jedoch anzuerkennen, dass die Probleme zwar struktureller Natur sind, die herrschende Klasse sie jedoch trotzdem mit ihrem Verhalten gewissermassen prägt. Vielmehr stellt sich deshalb unserer Ansicht nach die Frage, in welchem Verhältnis die herrschende Klasse und die herrschenden Verhältnisse zueinanderstehen.

Der Kapitalismus kann sich gerade durch seine Dynamik und Flexibilität sehr gut an neue und sich stetig ändernde Umstände anpassen, weil sich die kapitalistische Totalität aus einzelnen, auch gegensätzlichen oder widersprüchlichen Partikularinteressen zusammensetzt und nicht mit einer wohlgeölten Maschine verglichen werden kann.

Der heutige Kapitalismus zeichnet sich gerade durch diffuse Herrschaftsverhältnisse aus. Der Klassenantagonismus zwischen Lohnabhängigen und Kapitalist:innen tritt zumindest in den kapitalistischen Zentren nicht mehr so eindeutig zu Tage wie zu Zeiten des Fordismus. David macht es sich zu einfach, wenn er die Lohnabhän-

gigkeit der Polizei innerhalb seiner Argumentation so stark gewichtet.

Zielführender als die Diskussion um ihre Lohnabhängigkeit wäre es vielleicht, den Polizist:innen Grundrechte und Menschenwürde zwar nicht abzusprechen, sich aber entschieden gegen ihre unterdrückende Tätigkeit zu stellen

Aus der Lohnabhängigkeit schliesst David das Anrecht auf gewerkschaftliche Organisation. Doch was genau sind Polizeigewerkschaften und weshalb macht es keinen Sinn, ihnen dieses Recht zuzugestehen?

Wir gehen davon aus, dass Gewerkschaften dazu dienen, für bessere Arbeitsbedingungen und Arbeitssicherheit zu kämpfen. Weil Polizist:innen die herrschenden Verhältnisse schützen und Gesetze durchsetzen müssen, werden sie unweigerlich auf Widerstand stossen. So können Polizeigewerkschaften argumentieren, dass sie sich und die Gesellschaft nur mit entsprechender Ausrüstung wie gepolsterten Handschuhen, die auch gerne offensiv verwendet werden, und weitreichenden Kompetenzen vor diesen realen oder angeblichen Gefahren schützen können. Deshalb sind Polizist:innen nicht mit anderen Lohnabhängigen vergleichbar. Ihre Funktion unterscheidet sich grundlegend von anderer Arbeit, weil sich ihre Arbeitsbedingungen nicht von ihrer Repression tren-

nen lassen. Es macht also keinen Sinn, auf ihren Gewerkschaftsrechten zu beharren. Polizeieinheiten zeichnen sich ebenfalls nicht durch eine ausgeprägte Fehlerkultur und Einsicht aus. Um es auf den Punkt zu bringen: Wir trauen Polizist:innen und ihren pseudogewerkschaftlichen Lobbyverbänden nicht über den Weg.

Wir möchten David nicht unterstellen, dass er mehr Mittel für die Polizei fordert, jedoch betonen, dass Polizeigewerkschaften bereits konzeptionell keinen Sinn machen. Mehr Rechte für Polizist:innen ohne vermehrte Repression gegenüber allen anderen ist aus unserer Sicht nicht zu haben.

Dass wir ihnen ihre Menschenwürde sowie ihr Recht auf gesicherte Grundbedürfnisse nicht absprechen wollen, sollte selbstverständlich sein. Dennoch haben Polizist:innen unserer Ansicht kein Recht darauf, ihren Beruf weiterhin auszuüben. Das bedeutet, dass wir sämtliche institutionalisierte sowie informelle Organisationsstrukturen der jetzigen Polizei restlos auflösen müssen.

Bulle wird oft, wer Spass daran hat, andere zu quälen und Macht auszuüben

Abschliessend werden wir versuchen, Davids strategische Überlegungen kritisch zu kommentieren. Er erwähnt die Russische Revolution sowie die Nelkenrevolution in Portugal als Beispiele für Situationen, in denen Mitglieder des Repressionsapparats im entscheidenden Moment den Gehorsam verweigert haben. Im Kontext seiner Argumentation sollen diese Beispiele zeigen, dass wir die Polizei nicht im Voraus als Feinde bezeichnen sollten, da dies ihnen erschweren würde, Stellung zu beziehen und den Befehl zu verweigern. So weit so gut. Diese Beispiele sind aber aus verschiedenen Gründen unglücklich gewählt, wie wir nachfolgend ausführen werden.

Insgesamt halten wir seine Einschätzung für fragwürdig und naiv. Zum einen würden wir dadurch den Erfolg sozialer Auseinandersetzungen von einzelnen Angehörigen des Repressionsapparats abhängig machen, statt darüber nachzudenken, wie wir die Kräfteverhältnisse zu unseren Gunsten verändern können. Massendesertation und der Ungehorsam einzelner Mitglieder sollte nicht zu einer strategischen Konstante werden. Viel eher müssen wir wohl vom Gegenteil ausgehen, gerade weil sich in solchen Institutionen wie der Armee oder der Polizei vorwiegend Menschen sammeln, die reaktionäres oder gar faschistisches Gedankengut vertreten.

Wir können Geschichte auch als offenen Prozess begreifen, ohne das Verhalten der Sicherheitskräfte prognostizieren zu wollen. Wir können zurückblicken und uns fragen, wie wahrscheinlich es ist, dass einzelne Akteur:innen Stellung beziehen und sich distanzieren oder ob ihre Disziplin und Loyalität zu ihren «Kameraden» in Krisensituationen überwiegt. Auch wenn das Verhalten einzelner Polizist:innen nicht vorbestimmt sein mag, so erhöht der «Kameradenschaftsgedanke» und die Dynamik innerhalb einer solchen Institution den Druck enorm, sich gegen die eigene Einheit

zu stellen. Diese Dynamik wird durch den Unwillen, polizeiliches Fehlverhalten zu untersuchen und gegen andere Polizist:innen auszusagen, zusätzlich verschärft.

Zu den Vergleichen mit Russland im 1. Weltkrieg oder Portugal in den 1970er-Jahren bleibt Folgendes zu sagen: In beiden Fällen desertierten vor allem Soldaten, welche unter Zwang in ihrer Armee dienten. Die meisten Polizist:innen in industrialisierten Staaten, insbesondere in der Schweiz, dürften wohl für vergleichbaren materiellen Wohlstand auch andere Berufsmöglichkeiten gehabt haben. Wie bereits von Arruzza bildhaft dargestellt: Bulle wird oft, wer Spass daran hat, andere zu quälen und Macht auszuüben.

Wir stimmen David zu, dass die kommenden sozialen Kämpfe und Auseinandersetzungen einer Massenbewegung bedürfen, die die Kräfteverhältnisse zu unseren Gunsten verschiebt. Dass wir die Angehörigen des Repressionsapparats zu dem Teil der Bevölkerung zählen sollten, die sich mit Händen und Füßen gegen einen radikalen Wandel wehren werden, scheint uns leider wahrscheinlich.

Auch ist fraglich, inwiefern es eine radikal-demokratische Kontrolle des momentan existierenden Sicherheitsapparats zu fordern gilt, und nicht, wie bereits angeschnitten, dessen bedingungslose Abschaffung. Reicht es, den Repressionsapparat unter radikal-demokratischer Kontrolle zu stellen? Uns ist bewusst, dass beispielsweise die Polizei in Fällen von häuslicher Gewalt im Hier und Jetzt unerlässlich ist oder dass die Armee bei Naturkatastrophen manchmal nützlich sein kann. Diese Erkenntnis impliziert oder legitimiert keineswegs ihr weiteres Bestehen, weil sich diese Aufgaben in der Gesellschaft auch anders organisieren.

Wir halten es für verfehlt, eine radikal-demokratische Kontrolle, statt die Abschaffung des Repressionsapparats zu fordern, da diese Forderung die Polizei implizit legitimiert

Stattdessen sollten wir explizit die Abschaffung des Repressionsapparats mitsamt seinen Institutionen wie der Polizei, den Gefängnissen, dem Nachrichtendienst und Vergleichbarem fordern, weil dies uns zwingt, fundamentale Prinzipien, auf denen unsere Gesellschaft basiert und nach denen sie funktioniert, zu hinterfragen. Wie schaffen wir eine gerechte und sichere Gesellschaft mit wirklicher Rechenschaft, ohne auf die Dichotomie von Repression und Rehabilitation, meistens als «Resozialisierung» beschrieben, zurückzugreifen?

Wir wollten mit dieser Replik darauf hinweisen, dass das politische Bewusstsein nicht allein durch die Lohnabhängigkeit entsteht, sondern dass viele verschiedene Faktoren für die Politisierung ausschlaggebend sind. Wir haben im Text dargelegt, weshalb wir es für verfehlt erachten, die Angehörigen des Repressionsapparats zu den potenziellen Verbündeten zu zählen, die die Seiten auf Grund moralischer Bedenken wechseln würden, da dies in den allermeisten Fällen schlichtweg illusorisch und naiv ist.

Judas and the Black Messiah

Ein Film über Fred Hampton

Im Februar 2021 erschien der Film «Judas and the Black Messiah». Er handelt von Fred Hampton, dem Vorsitzenden der Black Panther Party (Panthers) in Chicago. Gerade weil der Film neu ist, aber in den 1960er-Jahren spielt, und weil viele Probleme im Zusammenhang mit Polizei und Rassismus in den USA seit Jahrzehnten nicht ernsthaft gelöst werden, ist der Film enorm brisant.

von Bruno Brooklyn und Theo Vanzetti (BFS Zürich)

Spoilerwarnung: Wir weisen darauf hin, dass im Folgenden die Handlung rund um Fred Hamptons wahre Geschichte wiedergegeben wird.

Es ist Sommer 2020. Wir sehen auf den sozialen Medien eines Bekannten aus Chicago einen Schnappschuss von einer BlackLivesMatter-Demonstration. Jemand in der Demo hält eine Pancarta mit dem Spruch «Bad cops kill. 'Good' cops watch.» (siehe Bild) hoch. Treffender könnte man den rassistischen Charakter der US-amerikanischen Polizei und insbesondere des Chicago Police Departments wohl kaum zusammenfassen. Egal ob Stadtpolizei oder FBI, alle haben Wurzeln in einem Staatswesen, welches von weissen Amerikaner:innen und für die Interessen der bis heute überwiegend weissen Bourgeoisie der Vereinigten Staaten entsteht. Die Funktion, diese Interessen zu verteidigen, nimmt die Polizei bis heute ein, was uns 2020 erneut auf tragische Art und Weise aufgezeigt wurde. Rest in Power George Floyd, Breonna Taylor und alle anderen von der Polizei Ermordeten!

Fred Hampton starb 1969 im Alter von gerade einmal 21 Jahren. Aber bereits damals war er in der Chicagoer-Westside so etwas wie ein Volksheld. Die im Filmtitel angetönte



«Böse Bullen töten. 'Nette' Bullen schauen zu.»
Mickey Roche, Chicago, 2020.

biblische Analogie des Messias, welcher von Judas verraten wird, ist keine Übertreibung. Der Protagonist des Films ist nicht Hampton – der Messias –, sondern William O'Neal, welchem die Rolle des Judas zufällt. O'Neal, ein FBI Spitzel, schafft es, Teil von Hamptons innerstem Kreis von Vertrauten zu werden und liefert ihn aus. Dies endet damit, dass Hampton vom FBI im Schlaf ermordet wird.



O'Neal, ein gerissener Autodieb, wird am Anfang der Handlung bei seiner nicht ganz legalen Arbeit erwischt und vom FBI verhört. Der FBI-Agent erpresst ihn. Entweder blüht ihm jahrelang Knast oder er spioniert für die Polizei. Darauf folgend erzählt der Film, wie O'Neal nach und nach das Vertrauen der Panthers gewinnt, bis er schliesslich zu Hamptons Sicherheitschef aufsteigt. Bis zum Schluss bleibt er als Verräter unentdeckt.

Neben den wichtigen Informationen über Hamptons tragischen Tod ist der Film durchaus auch inspirierend. Der enthusiastische Hampton schafft es zum Beispiel, mit der sogenannten Rainbow Coalition Rassismus zu überwinden. Er verbündet sich nicht nur mit den puerto-ricanischen Young Lords gegen die Polizei, sondern auch mit armen Weissen, welche anfangs des Films noch mit der konföderierten Flagge zu sehen sind. Leider stellt der Film nicht dar, inwiefern Hampton den jahrhundertealten Rassismus innerhalb der bewegten 1960er-Jahre wirklich zum Wackeln brachte, oder ob es sich bei der Rainbow Coalition eher um ein Zweckbündnis gegen den Staat handelte.

Vor allem Hamptons fesselnde Rhetorik hielt uns vor dem Bildschirm im Bann. Man kann sich vorstellen, wie das damals vor Ort gewesen sein muss. Doch man sollte die Panthers nicht einfach über den grünen Klee loben. So stellt der Film auch die fragwürdigen Erziehungsmethoden in Parteischulen (Kinder politische Parolen repetitiv nachsprechen lassen) und den befremdenden Anführerkult («Chairman Fred! Chairman Fred!») dar. Doch im grossen Ganzen bleibt zu sagen, dass die Panthers extrem Vieles taten, was der Staat sträflich vernachlässigte und teils bis heute nicht tut: Verhindern, dass Kinder hungern müssen, die eigene Community gegen die mörderische Polizei verteidigen und allgemein den nicht weissen oder allgemein armen Einwohnern

Chicagos eine Perspektive der Selbstermächtigung aufzeigen.

Die eingangs erwähnte Parole, dass angeblich nette Bullen ihren Kolleg:innen beim Töten zusehen, trifft auch auf den FBI-Agenten zu, welcher O'Neal erpresst und beauftragt. Er versucht ihm immer wieder einzureden, dass man ja auch beim FBI für eine USA frei von Rassismus sei, dies aber nicht mit der Waffengewalt der Panthers zu erreichen sei. Er geht sogar so weit, die Panthers mit dem Ku-Klux-Klan gleichzusetzen, ganz im Sinn der bürgerlichen Extremismustheorie. Ob der weisse FBI-Agent diesen Blödsinn selbst glaubt oder nicht, spielt eigentlich gar keine Rolle. Er ist ein Schreibtischtäter, welcher den 'good cop' zum Besten gibt und kein Problem damit zu haben scheint, dass Hampton sowie weitere Panthers vom FBI kaltblütig ermordet werden.

Diesen Film sollte man unbedingt schauen. Er ist aber nichts für schwache Nerven, da er äusserst brutal ist, genauso wie die wahre Geschichte um Hampton und O'Neal. Nachdem – für unseren Geschmack zu bildhaft – dargestellt wurde, wie Hampton ermordet wird, endet der Film mit folgender Bemerkung: O'Neal hat Anfang 1990er-Jahre sein Schweigen gebrochen und ein Interview gegeben. Nachdem dieses im Fernsehen ausgestrahlt wurde, nahm er sich selbst das Leben.

Judas and the Black Messiah (2021)

Regie: Shaka King

Drehbuch: Shaka King und Will Berson

Ebenfalls sehr spannend ist Judas and the Black Messiah: The Inspired Album. Unter anderem hörbar auf Spotify.

AGENDA

21. Mai 2021:

Strike for Future



Am 21. Mai 2021 findet ein schweizweiter bunter Aktions- und Kliastreiktag statt. Die BFS beteiligt sich als Teil des Strike for Future am Streiktag. Infos zu Vorbereitungsgruppen und laufenden Treffen auf climatestrike.ch und strikeforfuture.ch

14. Juni 2021:

Feministischer Streik

Auch dieses Jahr wird am 14. Juni ein schweizweiter Feministischer Streiktag mit vielen Aktionen und Demos stattfinden. An verschiedenen Orten der Schweiz laufen schon Vorbereitungen für diesen Tag. Und Forderungen, um auf die Strasse zu gehen gibt es zahlreiche! Wir wollen eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei gleichbleibendem Lohn für alle und die gerechte Aufteilung der Sorgearbeit unter allen Teilen der Gesellschaft. Unbezahlte Care-Arbeit soll als notwendig für den Erhalt unserer Gesellschaft anerkannt und kollektiviert werden! Stopp der Gewalt an Frauen, Lesben, Inter- Trans- und nicht binären Personen! Wir fordern das gute Leben für alle!



Kontakte und Infos findest du hier:

Zürich: feministischerstreikzuerich.ch

Basel: frauenstreik-bs.ch

Genf: grevefeministe.ch

Über die BFS

Die Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS) ist eine schweizweit aktive, antikapitalistische Organisation. Seit unserer Gründung 2002 engagieren wir uns insbesondere zu Fragen der Ökologie, der Migration, des Antirassismus, des Feminismus und der Arbeitswelt. Wir intervenieren in gesellschaftliche Debatten und arbeiten aktiv in sozialen Bewegungen und Basiskollektiven mit.

Die BFS hat Sektionen in Zürich, Basel, Genf, Lausanne und im Tessin. In Zürich existiert dazu eine Jugendgruppe, die BFS Jugend Zürich. Auch in anderen Städten wie St.

Gallen gibt es immer wieder Lesegruppen und andere Projekte. Wir diskutieren offen, international und orientiert an den sozialen Bewegungen. Wir vernetzen uns, organisieren uns selbstständig und wollen Räume schaffen, in denen Sexismus, Rassismus, Homo- und Transphobie keinen Platz haben. Organisiere dich mit uns!

Wenn du mehr über uns erfahren und/oder dich an unseren Aktivitäten beteiligen möchtest, freuen wir uns über deine Kontaktaufnahme.

bfs
Bewegung für
den Sozialismus

BFS Zürich: info@bfs-zh.ch
BFS Jugend ZH: jugend@bfs-zh.ch
BFS Basel: basel@sozialismus.ch
BFS Lausanne: vaud@mps-bfs.ch
BFS Genf: mps-ge@bluewin.ch
BFS Tessin: mps.ti@bluewin.ch

sozialismus.ch



Bewegung für den Sozialismus



sozialismus.ch als Newschannel



sozialismus.ch